



Claudia C. Gatzka

DIE DEMOKRATIE DER WÄHLER

Stadtgesellschaft und politische
Kommunikation in Italien und der
Bundesrepublik 1944-1979

DROSTE ■



Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

*Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien*

Band 179

Reihe
Parlament und Öffentlichkeit 9

Claudia C. Gatzka

Die Demokratie der Wähler
Stadtgesellschaft und politische Kommunikation
in Italien und der Bundesrepublik 1944–1979

Droste Verlag 2019

Die Dissertation wurde im Jahr 2017 mit dem Tiburtius-Preis der Berliner Hochschulen ausgezeichnet.



Copyright © 2019 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Berlin
www.kgparl.de
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2019
www.drosteverlag.de
ISBN 978-3-7700-5344-5

Vorwort

Die repräsentative Demokratie ist eine Fernbeziehung zwischen Wählern und Gewählten, die immerfort an ihrer Kommunikation arbeiten. In historischer Perspektive war sie stets problematisch, und dieses Buch handelt von ihren alltäglichen Beziehungsgesprächen. Es versucht aus der Kakophonie von Stimmen und Blickwinkeln, Deutungen und Interessen ein kompliziertes Verhältnis im Wandel der Zeit zu verstehen. Diese Form der historischen Wissenschaft von Politik und Gesellschaft lehrte mich Thomas Mergel. Er tat das mit einer unerschütterlichen Freude an Erkenntnis, einem unnachgiebigen Anspruch an analytische Präzision und einer unerreichten Gabe, als Freund und Betreuer Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden – auch in schweren Zeiten.

Eine zweite Quelle dieses Buches sprudelt in Bologna, wo Stefano Cavazza mich mit offenen Armen empfing. Mein Verständnis von Italien verdankt ihm und dieser Stadt sowie Manola Cantera und Alberto Scoma fast alles. Maria Chiara Sbiroli, Simona Granelli, Paola Furlan, Luca Pastore sowie Francesco Altamura in Bari haben mich mit größtem Engagement in Archiven und Bibliotheken unterstützt. Dieselbe Hingabe erfuhr ich in Sankt Augustin von Konrad Kühne.

In seiner Anlage und Konzeption ist dieses Buch Produkt der intellektuellen Kameradschaft mit Benjamin Schröder. Meine Promotionszeit hätte ich nicht in besserer Gesellschaft verbringen können. Mit Sonja Levsen teilte ich die Lust am Vergleich und am Nachdenken über Demokratie jenseits großer Narrative. Dass sie erkannte, was ich tat, bevor ich es selbst recht erkennen konnte, beeinflusste meinen Weg entscheidend. Petra Terhoeven hat meine Arbeit auf verschiedenen Etappen mit Interesse, Wohlwollen und Kritik verfolgt. Sven Reichardt und Alexander Nützenadel haben Gutachten übernommen, ohne zu wissen, auf welches Format sie sich einließen, als meine Dissertationsschrift im September 2015 von der Philosophischen Fakultät I der Humboldt-Universität zu Berlin angenommen wurde. Die hier vorgelegte, stark gekürzte und um ein Kapitel ergänzte Version ist getragen von dem Ansinnen, all ihren hilfreichen Hinweisen und Einwänden Genüge zu tun. Der KGParl danke ich für die Veröffentlichung meiner Arbeit in ihrer Schriftenreihe. Andreas Schulz, Andreas Biefang und Andrea Leonhardt haben die Drucklegung mit aller Umsicht und Geduld unterstützt.

Das finanzielle Fundament meiner Forschung legten der DAAD, die Fritz Thyssen Stiftung, die Kollegen Malte Zierenberg, Florian Kühnel und Friedemann Pestel mit ihren eigenen Einwerbungen, Thomas Mergel, Peter Burschel und Jörn Leonhard, die mich vertreten ließen, sowie das DHI Rom, wo sich Lutz Klinkhammer und Martin Baumeister meiner Arbeit annahmen. Die Spuren des intellektuellen und persönlichen Umfelds, das Jörn Leonhard,

Sonja Levsen, Theo Jung, Christina Schröer, Friedemann Pestel und Fabian Rausch mir in Freiburg schufen, haben sich in dieses Buch eingeschrieben. Ihnen sowie Malte Zierenberg, Christiane Reinecke, Kathrin Kollmeier und Frank Reichherzer in Berlin danke ich für das Privileg, ihrem Denken lauschen und ihren Zuspruch erfahren zu dürfen. Dagmar Lissat und Athanasia Koiou waren stets zur Stelle, um Erkenntnis möglich zu machen. Andrew I. Port, Hedwig Richter, Tobias Weidner, Monica Cioli, Kiran Klaus Patel, Armin Owzar, Christina von Hodenberg, Frank Bösch und Paul Nolte inspirierten, berieten oder bestärkten mich.

Intellektuell profitiert hat dieses Buch zudem von Diskussionen mit Dirk Schumann, Petra Terhoeven, Andreas Schulz, Gabriele Metzler, Ulrich Herbert, Simone Derix, Christian Jansen, Paul Nolte, Oliver Janz, Habbo Knoch und ihren Mitarbeiter*innen. Kluge Kommentare zum Text lieferten Sonja Levsen, Tabea Nasaroff, Stefan Dölling, Felicia Kompio, Theo Jung, Franziska Kuschel, Jonas Brendebach, Sebastian Gatzka, Sonja Dolinsek, Franziska Kelch, Mathias Häussler, Benjamin Rohrer, Christina Schröer, Thomas Zimmer, Sabine Mischner und Florian Wagner. Meine Mutter nahm sich der Fußnoten an, und Ralf Kretzschmar beriet bei ästhetischen Fragen und bewahrte mich vor zuviel Pathos im Vorwort. Alle verbliebenen Fehler sind meine.

Begonnen und vollendet hätte ich dieses Buch nicht ohne die Menschen, die mich kennen und erkennen. Meine Eltern, mein Bruder und Familie waren voller Verständnis, Kraft und Zuversicht. Falk Prenger, Franziska Kelch, Tina Vettorazzi, Johanna Schade, Stefan Dölling, Florian Stahlhofen, Sonja Dolinsek, Franziska Kuschel, Felicia Kompio, Maria Kersten, Thomas Lappi, Tabea Nasaroff, Maria Neumann, Chiara Casalini, Alessandro Pisanello, Jan Richter und Christian Sammer haben mich getragen. Helene Gatzka (*1930) und Margarethe Hold (*1936), die meinen Weg bahnten, hatten glücklicherweise die Geduld, zu warten.

In Berlins Oderberger Straße 2, wo ein scheues Reh zum Verweilen einlädt und Gregor, Dreizehn, Angie, Jule und andere mir Raum zum Schreiben gaben, möge ein Belegexemplar durchdachter Nächte im Vorübergehen zur Lektüre einladen. Allen Genannten sowie jenen, die ich zu meinem Bedauern vergessen habe, gilt mein tiefster Dank für ihre Begleitung durch eine faszinierende, lehrreiche, liminale Dekade.

Berlin, im Mai 2019

Claudia C. Gatzka

Inhalt

Vorwort	5
Einleitung	11
Nach der Diktatur. Zum deutsch-italienischen Vergleich	14
Wege der »Demokratisierung«. Historiographische Narrative	21
Wähler und Parteien. Die Nachkriegsdemokratie als historische Konfiguration ...	27
Politische Kommunikation als lokale Praxis – die Stadt als Handlungsraum	34
Orte, Akteure, Quellen und Aufbau der Untersuchung	40
Erstes Kapitel	
Die neue Ordnung. »Politik« in der Nachkriegsstadt	49
1. Wer waltet. Ferner Staat und neue Herrscher	52
Italienische Selbstermächtigungen	52
Warten auf den Staat in Deutschland	60
2. Was Politik ist. Aufräumen im Ausnahmezustand	63
Milch, Moral und Graswurzel. Italiens Politik der <i>concretezza</i>	64
Die Ferne der Politik. Deutsche Aufräumarbeiten	77
3. Wozu politische Organisation dient. Das Erbe der Mitgliedschaft	88
Den Massen auf den Fersen. Parteien und Italiener	89
Nachkriegsentfremdung. Parteien und Westdeutsche	99
Der Fluch des Fragebogens. Entnazifizierung im lokalen Verständnis	106
4. Wo Politik sitzt. Topographien der demokratischen Stadt	114
Raumbesetzungen in Italien	114
Gereinigte Räume in Deutschland	121
Zusammenfassung	127
Zweites Kapitel	
Raum für die Parteien. Politische Repräsentation und Spielregeln im Kalten Krieg	131
1. Mannschaft und Bekenntnis. Personelle Ressourcen	135
2. Massen und Symbole. Stilfragen der Demokratie	145
Das »wahre« Volk. Massenpolitik in Italien	147
Kommunikation mit dem Staat. Der PCI als Protestpartei	159
Entsinnlichung von unten. Die westdeutsche Abkehr vom »alten Stil«	162

Die Unrepräsentierbarkeit des Volkes. Medialisierungsanreize in der Bundesrepublik	168
3. Plakate und Balkone. Die Besetzung der Stadt	175
Erobern und verteidigen. Die Aufteilung der italienischen Stadt	175
Wacht über die Piazza	185
Dem Stadtbild verpflichtet. Spuren der Politik in Deutschland	188
4. Podium und Publikum. Kommunikation auf der Wahlveranstaltung	197
Die Bühne der Stadt. Bewährungsproben auf der Piazza	197
Parteien unter sich. <i>Bella figura</i> auf der deutschen Wahlversammlung	203
5. Fäuste und Demokratie. Die Verbannung der Gewalt	212
»Explosionen« und Ordnung im deutschen Versammlungsaal	213
Legitimität durch Frieden. Der Wettbewerb der Ordnungsmächte in Italien ..	219
Gefechte im Viertel und deutsche Schweigsamkeit	227
Zusammenfassung	235

Drittes Kapitel

Die Nähe des Parlaments. Verbindungen zum Wähler in der jungen Demokratie	239
1. Kontakte knüpfen. Parteiagenten an der Wählerfront	243
Italienische Propagandisten und die Produktion der Subkulturen	244
Politik an der Haustür, Gespräche im Viertel. Die <i>campagna capillare</i>	249
Unter uns. Deutsche Milieulogiken in gewandelten Vierteln	261
Politik im Verborgenen. Indirekte Wege und »weibliche« Kanäle	270
2. Das Volk vertreten. Bilder des Souveräns im Spiegel des Parlaments	277
Avantgarden und »Indifferente«: Das politische Erziehungsverhältnis	278
Die deutsche Ideologie des gesunden Menschenverstandes	287
Die Maßlosigkeit der Parteien. Probleme mit der Macht in Italien	295
Kontraste und Fraktionen. Das Verhältnis zum Pluralismus	299
Lokalkandidaten als Identifikationsfiguren	303
3. Dem Ganzen dienen. Lokale Wege zur Volkspartei	315
»Spiegelbild aller Schichten«? Wählerinteressen im Wiederaufbau	316
Leistung für alle. Zur Funktion von Lokalität	327
Zusammenfassung	333

Viertes Kapitel

Konsumbürgern begegnen. Treffpunkte der Parteiendemokratie in Städten des Booms	337
1. Politik und Konsum. Ambivalente Lesarten	339
2. Ein heißer Draht? Fernsehen und politische Marktlogik	348
Massenmediale Impulse: Neue Zugänge zum westdeutschen Wähler	350
Unliebsame Konkurrenz: Italiens kontaminierte Mattscheibe	359
3. Verbraucherfreundliche Politik. Westdeutsche Annäherungen	366
Politischer Service und die Belebung des öffentlichen Raumes	367
Bürgernähe. Lokalität und lokale Personalisierung	378
Politik zum Vergnügen	385
4. Der Preis der Tradition. Italienische Kontaktverluste	391
Der Fluch der Piazza. Vom Problem, die Massen loszulassen	392
Löcher im Netz. Vom Problem der Mobilität	400
Das Phantom der Jugend. Auf dem Weg zum Protest	410
Zusammenfassung	415

Fünftes Kapitel

Demokratie unter Druck. Politische Verständigung in Zeiten der Krise 1967–1979	419
1. Angriff und Verteidigung. Der Auftritt der Protestakteure	422
Revolutionäre Renaissance in Italien	423
Angriff von außen? Zur Wahrnehmung der Protestakteure	431
Der Verlust der Ordnungsmacht. Gewalt gegen die Parteiendemokratie in Italien	440
Vom Leben mit der APO: Störungen in Deutschland	450
2. Krisenpartizipation. Die Hochzeit der deutschen Parteiendemokratie	461
Blütezeit der Sachlichkeit. Auf den Spuren der 1968er	462
Wählerprotagonismus. Selbstmobilisierung und direkte Kommunikation	475
»Fröhlich« durch die Siebziger. Konfliktmanagement in polarisierten Zeiten .	485
Ernüchterung. Die ambivalenten Folgen der Politisierung	491
3. Die Schule der Parteiendemokratie. Krisenkommunikation in Italien	495
Riskante Themen und beschränkte Debatten	497
Die »wahre« Krise und die Politisierung der Partizipation	503
Der enttäuschte <i>popolo</i> und die Grenzen der »Erneuerung«	509
Zusammenfassung	519
 Schlussbetrachtung	 523

Abkürzungsverzeichnis	536
Verzeichnis der Abbildungen, Grafiken und Tabellen	538
Quellen und Literatur	540
Personenregister	613

Einleitung

Im Frühjahr 1948 verdeutlichte das populäre Magazin *Life* seinen nordamerikanischen Lesern, dass in Europa ein historisches Ereignis bevorstand. Eine große Reportage porträtierte das politische Italien drei Jahre nach Kriegsende an einer Weggabelung der Weltpolitik:

On April 18 the people of Italy will go to the polls to elect their first free parliament in a quarter of a century. Sicilian peasants will leave their patches of parched earth, bowed Abruzzi shepherds their flocks and white-faced nuns their shaded cloisters. Miners will emerge from Sardinia's coal pits, and Neapolitan fishermen will leave their nets to dry in the sun. [...] How the vote goes will influence the course of European history for perhaps a hundred years.¹

Ob die ersten italienischen Parlamentswahlen die Geschichte Europas wirklich für einhundert Jahre beeinflussten, ist fraglich. Doch die symbolische Bedeutung des anstehenden Urnengangs konnte tatsächlich größer kaum sein. Dass die Italiener überhaupt wieder frei wählten, stand für den Sieg der liberalen Demokratie über das faschistische Europa, den die USA im Weltkrieg der ideologischen Ordnungssysteme errungen hatten.² Die Wahlen markierten den Wiedereinzug des Parlamentarismus in ein Land, das in den 1920er und 1930er Jahren die Vorstellung von der Diktatur als einer besseren, einer »autoritären Demokratie« wesentlich geprägt hatte.³ Als Frontstaatenbewohner im beginnenden Kalten Krieg entschieden die Italiener im April 1948 darüber, ob sie dem Westen verbunden bleiben oder einem Wahlbündnis aus Sozialisten und Kommunisten die Regierungssessel überlassen würden. Angesichts der Tragweite des möglichen Wahlausgangs schalteten sich die USA diplomatisch, propagandistisch und finanziell in den Wahlkampf ein und hätten wohl bei einem linken Wahlsieg auch militärisch interveniert.⁴ Indem sich eine Mehrheit der Italiener an den Urnen für die Christdemokratie entschied, votierte sie im Sinne der antikommunistischen Propaganda auch für die Verteidigung der freien Wahlen als des basalen Guts der Demokratie.

Ganz so dramatisch war die Situation ein gutes Jahr später nicht, als sich die Westdeutschen auf den Weg zu den Wahllokalen begaben, um das erste Parlament ihrer zweiten Republik zu bestimmen. Doch auch hier standen die Wahlen

¹ Pre-election report on Italy, in: LIFE, 24. Jg., Nr. 15 v. 12.4.1948.

² Vgl. M. MAZOWER, *Dark Continent*, 1999, S. 185–200; M. CONWAY, *Democracy*, 2002, S. 61–63; A. DOERING-MANTEUFFEL, *Zeitbögen*, 2014, S. 324.

³ Vgl. D. RILEY, *Civic Foundations*, 2010; S. REICHARDT, *Faschistische Beteiligungsdiktaturen*, 2014, S. 137 f.; S. CAVAZZA, *Miti e consenso*, 2013, S. 445; F. BAJOHR, *Zustimmungsdiktatur*, 2005, S. 111.

⁴ Vgl. R. A. VENTRESCA, *From Fascism to Democracy*, 2004; K. MISTRY, *American intervention*, 2011.

im Zeichen der Westintegration und markierten den Sieg der westlich-liberalen Demokratie über die nationalsozialistische Diktatur. In der *Welt* berichtete ein Reporter von einem Hamburger Wahllokal: »Der erste Wähler war ein braun-gebrannter junger Mann mit einer weißen Autokappe. Knatternd sauste sein Motorrad nach der feierlichen Handlung mit ihm um die nächste Ecke. ›Ich mache das zum ersten Mal in meinem Leben‹, hatte er mir noch im Anfahren zugerufen.« Der Artikel zeichnete das Bild eines gut gelaunten, disziplinierten Wahlvolks, das mit dem Wählen den feierlichen Akt der Regierungskür verband. »Die Partei ist egal – aber gewählt muß werden!«, ließ sich ein Bahnhoftsfriseur zitieren, der seine Kunden unter dem Rasiermesser ermahnte, falls sie ihrer Pflicht noch nicht nachgekommen waren.⁵

Das mediale Bild eines im Wählen vereinten Landes, wie es *Life* und die *Welt* entwarfen, war im Kalten Krieg selbst ein gutes Stück Propaganda für den Westen und sollte die Parlamentswahlen in Italien und der Bundesrepublik über Jahrzehnte begleiten. In der Tat erwiesen sich Westdeutsche und Italiener im internationalen Vergleich als besonders eifrige Wahlbürger.⁶ Wie aber interpretierten sie ihre Rolle als demokratischer Souverän, nachdem sie der Diktatur doch einiges hatten abgewinnen können? Welches Verhältnis fanden sie zu Parlament und Parteien, die in den faschistischen Regimen kaum jemand vermisst hatte?⁷ Wie verständigten sie sich mit ihren neuen Vertretern über die Legitimität politischer Repräsentation? Und was hielt Wähler und ›Establishment‹ zusammen, als junge politische Akteure seit den 1960er Jahren die parlamentarische Demokratie erneut in Frage stellten?

Das vorliegende Buch erzählt eine Beziehungsgeschichte zwischen Wählern und Gewählten in Italien und der Bundesrepublik, die nach 1945 die Erfahrung einer radikalen politischen Ordnungsalternative teilten. Es untersucht das Verständnis von parlamentarischer Demokratie durch die Linse politischer Kommunikation vor den Haus- und Wohnungstüren der Bürgerinnen und Bürger. Dabei manövriert es durch die Klippen dreier großer Erzählungen: einer Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, einer Krisengeschichte der italienischen Republik und einer angloatlantischen Geschichte vom Formenwandel des Politischen, den die sozialen Bewegungen in den späten 1960er Jahren anstießen.⁸ In allen drei Erzählungen fungieren namenlose Wähler eher als passives Publikum, dem sich die historische Forschung gern über zeitgenössische Meinungsumfragen oder ›im Spiegel‹ der massenmedialen Öffentlichkeit nähert. Doch Meinungsumfragen wie Massenmedien produzierten

⁵ So erlebte Hamburg den Wahlsonntag, in: DIE WELT, 15.8.1949.

⁶ In Italien wurde dies noch forciert durch eine Wahlpflicht. Nicht-Wähler wurden amtlich vermerkt und in der Frühzeit der Republik an kommunalen Wandtafeln öffentlich genannt.

⁷ Vgl. F. BAJOH, *Fremde Blicke*, 2011, S. 27 f., 316–320; R. PERGHER/G. ALBANESE, *Introduction*, 2012; sowie die einschlägigen Beiträge in P. CORNER, *Popular Opinion*, 2009.

⁸ Zu Letzterem vgl. B. DAVIS, *What's Left?*, 2008; zu den beiden anderen Meistererzählungen siehe den zweiten Abschnitt dieser Einleitung.

eigene Repräsentationen gesellschaftlicher Realität und folgten dabei zum einen sozialwissenschaftlichen Kategorien, die auf die Quantifizierung der gesammelten Daten zielten, und zum anderen medialen und kommerziellen Logiken. Für die zeitgenössische Politik und für die gesellschaftliche Selbstbeobachtung waren sie von starkem Einfluss, können jedoch nicht als Abbild der Wählerschaft gelten.⁹

Demgegenüber nähert sich die vorliegende Studie Wahlbürgerinnen und Wahlbürgern als deutenden und gedeuteten Akteuren im politischen Geschehen. Dazu genügt es nicht, sie einfach nur sprechen zu lassen, etwa durch die Briefe, die sie schrieben. Vielmehr gilt es, die Situationen ihres Sprechens und Angesprochen-Seins umfassend zu rekonstruieren, um einschätzen zu können, worauf sie reagierten. Es geht also darum, sie als Teilnehmer im politischen Kommunikationsprozess ernstzunehmen. Zentraler Schauplatz der Studie ist die Stadt, wo Wähler die Politik beobachteten und mit ihr konfrontiert wurden. Sie fragt danach, wie sich parlamentarische Politik im urbanen Alltag präsentierte, interessiert sich für die Zuschreibungen, die Wahlbürger trafen, die Angebote zu politischer Kommunikation, die sie annehmen oder ausschlagen konnten, die Deutungen und Beobachtungen der Medien, die sie beeinflussten, und schließlich für ihre aktive Teilhabe am politischen Kommunikationsgeschehen. Es handelt sich weniger um eine Alltagsgeschichte der Demokratie, die den »eigen-sinnigen« Umgang der Zeitgenossen mit Politik beleuchtet, sondern um eine Geschichte der parlamentarischen Demokratie, wie sie sich in der urbanen Alltagskommunikation zwischen Wählern und Gewählten zeigte.¹⁰ Damit versteht sich das Buch als ein translokal vergleichender Beitrag zur Politikgeschichte Westeuropas nach 1945.¹¹

⁹ Zu den Massenmedien als »symbolischer Form« der Massendemokratie vgl. B. WEISBROD, Medien, 2001. Zur Problematik zeitgenössischer sozialwissenschaftlicher Daten und Beobachtungen für die Zeitgeschichte vgl. R. GRAF/K. C. PRIEMEL, Zeitgeschichte, 2011. Meinungsumfragen erfreuen sich als Quellen indes dauerhafter Beliebtheit. Siehe etwa M. GREIFFENHAGEN, Vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie, 1984; E. WOLFRUM, Die geglückte Demokratie, 2007, S. 59 f., 181; K. H. JARAUSCH, Umkehr, 2004, S. 62 f., 190 f.; N. FREI, Vergangenheitspolitik, 2012, S. 319; A. SCHILDT, Annäherungen, 2011, S. 19, 24, 26; K. HANSHEW, Terror and Democracy, 2012, S. 73; C. v. HODENBERG, Das andere Achtundsechzig, 2018.

¹⁰ Dieser Ansatz ist inspiriert von der Wissenssoziologie Alfred Schütz und seiner Schüler. Demnach stellen die sozialen und lebensweltlichen Herausforderungen des Alltags die primäre Realität der Zeitgenossen dar, während abstrakte Systeme wie Politik, Wirtschaft oder Religion hier *ausschließlich symbolisch* repräsentiert sind und als solche hier kommunikativ hergestellt werden müssen. Vgl. A. SCHÜTZ, Symbol [1955], 2003, S. 169 f., 174; P. L. BERGER/T. LUCKMANN, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, 2012, 25 f., 28 f. Zu alltagsgeschichtlichen Ansätzen, die sich graduell vom hiesigen Ansatz unterscheiden, indem sie stärker nach dem »eigen-sinnigen« Umgang der Zeitgenossen mit einem scheinbar von oben über sie hereinbrechenden Phänomen fragen, vgl. A. LÜDTKE, Alltagsgeschichte, 2003; DERS., Eigen-Sinn, 1993; P. STEEGE u. a., History of Everyday Life, 2008; T. LINDENBERGER, Diktatur der Grenzen, 1999.

¹¹ Vgl. K. H. JARAUSCH/T. LINDENBERGER, Contours, 2007, S. 16.

Die Stadt bildet dabei in mehrfacher Hinsicht ein besonderes Untersuchungsfeld. Als Alltagsraum ermöglichte sie direkte Begegnungen zwischen Wählern und Politik an konkreten Orten. Als eine Form politischer Öffentlichkeit wartete sie mit lokalen Medien, diversen Sprechern und eigenen Beobachtungsmustern auf. Als Miniatur der *political society* bildete sie die Pluralität der Gesellschaft und ihrer sozialen Konflikte ab. Als lokale *community* war sie zugleich immer auch ein Ort, wo Einigkeit hergestellt und Unruhe vermieden werden musste. Als Projektionsfläche für soziale Einheitsvorstellungen, gleich einer »Nation im Kleinen«, und in seiner identitätsstiftenden Spannung zum Nationalen hat die historische Forschung die Bedeutung des Lokalen gerade für Deutschland und Italien häufig herausgearbeitet, allerdings vorrangig für die Zeit vor 1945.¹² Aus zeitgeschichtlicher Perspektive und für die vorliegende Studie bietet sich die Stadt als Beobachtungsraum darüber hinaus an, weil sich die politischen, materiellen und sozialen Umwälzungen, die Westeuropa seit den 1940er Jahren erfuhr, im Urbanen sedimentierten. Vor der Haustür des Wahlvolks warteten, lauerten, lockten und drohten die Folgen des Krieges, die Herausforderungen des Wiederaufbaus, die Segnungen der Konsumgesellschaft, die Schattenseiten der Modernisierung, die Pappschilder junger Demonstranten, die Grenzen des Wachstums und die Bomben der Terroristen. Wie sich Deutsche und Italiener inmitten dieser Szenerien ein Bild von der parlamentarischen Demokratie machten und Kommunikationskanäle zu ihren politischen Vertretern aufbauten, und welche Berg- und Talfahrten ihre kommunikative Beziehung durchlief – davon erzählt das vorliegende Buch.

Nach der Diktatur. Zum deutsch-italienischen Vergleich

Die Studie beginnt mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges; heuristisch verortet sie sich jedoch im gesamten 20. Jahrhundert als eines Jahrhunderts der Massenpolitik. Sie versteht das Jahr 1945 weniger als eine Zäsur denn als Scharnier in der Geschichte moderner Massengesellschaften, die auf der Suche waren nach dem »richtigen« Prinzip sozialer Ordnung und politischer Repräsentation – ob in Diktatur oder Demokratie.¹³ Deutschland und Italien standen dafür

¹² Vgl. R. PETRI, Die »kleinen Räume« der Nation, 2003; O. JANZ, Zentralismus und Föderalismus, 2000, darin zu Italien insb. I. PORCIANI, Lokale Identität, 2000; A. CONFINO, Nation as Local Metaphor, 1993; C. APPELEGATE, Nation of Provincials, 1990; P. DOGLIANI/O. GASPARI, L'Europa dei Comuni, 2003. Zur Persistenz lokaler und zur Steigerung regionaler Identitäten im Faschismus vgl. S. CAVAZZA, Piccole patrie, 1997; F. VOLLMER, Politische Kultur, 2007; P. CORNER, Fascist Party, 2012, S. 31 f., 35, 46, 124, 131–133; DUGGAN, Fascist Voices, 2013, S. 177; zu NS-Deutschland und der BRD vgl. A. v. SALDERN, Inszenierter Stolz, 2005.

¹³ Vgl. M. MAZOWER, Dark Continent, 1999, Kap. 7; B. WEISBROD, Politik der Repräsentation, 2000; M. CONWAY/P. ROMIJN, The War for Legitimacy, 2008; T. MERGEL, Dictatorship and Democracy, 2011; A. SCHILDT, Jahrhundert der Massenmedien, 2001; C. HIKEL u. a., Lieschen Müller, 2009; T. ETZEMÜLLER, Die Ordnung der Moderne, 2009; S. CAVAZZA, Dimensione massa, 2004; E. FIMIANI, »L'Unanimità più uno«, 2017. Zum Plausibilitätsverlust politischer Zäsuren im 20. Jahrhundert vgl. A. DOERING-MANTEUFFEL, Zeitbögen, 2014, S. 324 f.; U. HERBERT, Europe in High Modernity, 2007.

emblematisch. Sie verband das Experiment faschistischer Diktaturen, die sich als Kriegsregime eng verflochten hatten¹⁴, und sie verband die Herausforderung, diese Erfahrung zu verarbeiten, als sie nach 1945 in den Reigen der liberalen Demokratien zurückkehrten. Wenn Paul Nolte die Geschichte der Bundesrepublik als eine »Nachgeschichte« des Nationalsozialismus entworfen hat, so gilt das in diesem umfassenden Sinne auch für die Geschichte Italiens als einer Republik nach dem *Ventennio*. Wenn Deutsche und Italiener sich nach 1945 fragten, wie das ›Volk‹ am legitimsten zu repräsentieren sei, verhandelten sie das immer auch als *postfaschistische* Gesellschaften. Die Studie behilft sich mit diesem analytischen Begriff, obwohl er freilich die Unterschiede zwischen den beiden Regimen weichzeichnet, um ihr Tertium comparationis zu verdeutlichen: die Verständigung über die Legitimität einer Demokratie, die das Erbe faschistischer Diktaturen antrat.¹⁵

Die Geschichtswissenschaft betrachtet die Schatten dieser Vergangenheit vor allem anhand der Erinnerungskulturen und der Strategien im Umgang mit Schuld, Täterschaft und Opferschaft.¹⁶ Im Folgenden geht es hingegen darum, wie demokratische Politik im postfaschistischen Alltag sichtbar, vermittelbar und repräsentierbar wurde. Jüngere Studien haben herausgehoben, wie massiv Nationalsozialismus und Faschismus die lokale Lebenswelt überformten. Für Deutsche und Italiener bedeutete die Zeitgenossenschaft im Regime ein Entgrenzungserlebnis von Politik und eine spezifische Partizipationserfahrung, gerade in den Städten.¹⁷ Wer nicht exkludiert oder verfolgt wurde, sah sich einem expandierenden Inklusionssystem aus NSDAP und PNF, angeschlossenen Verbänden und wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen ausgesetzt. In einer Partei organisiert oder für das Gemeinwesen engagiert gewesen zu sein, war etwas, das gerade junge Zeitgenossen mit der Diktaturerfahrung verbanden. Die Mobilisierungsmuster folgten dabei einer militärischen Logik. Disziplin, hierarchische Strenge, Aufopferung und Kampfeswille waren Ansprüche, denen Frauen und Männer spätestens in den Kriegsregimen gehorchen sollten, auch wenn sie in der Erinnerung bisweilen durch positiv konnotierte Erfahrungen

¹⁴ Vgl. D. LIEBSCHER, *Freude und Arbeit*, 2009; T. SCHLEMMER u. a., *Die Achse im Krieg*, 2010; P. BERNHARD, *Metropolen*, 2011; T. SCHLEMMER/H. WOLLER, *Essenz oder Konsequenz?*, 2014; H. WOLLER, *Mussolini*, 2016. Verhaltener zu den Ähnlichkeiten und Verflechtungen: C. DIPPER, *Ferne Nachbarn*, 2005, S. 22 f.

¹⁵ Zur Begriffsprägung vgl. W. SCHIEDER, *Faschistische Diktaturen*, 2008.

¹⁶ D. FULDA u. a., *Demokratie im Schatten der Gewalt*, 2010; GLIENKE u. a., *Erfolgsgeschichte Bundesrepublik?*, 2008; M. BERG, *After fascism*, 2009; R. BESSEL/D. SCHUMANN, *Life after Death*, 2003; F. BIESS/R. G. MOELLER, *Histories of the Aftermath*, 2010; S. GUNDLE, *Aftermath*, 2013; C. BALDASSINI, *L'ombra di Mussolini*, 2008; P. GASSERT, *Coping*, 2006; C. FRÖHLICH/M. KOHLSTRUCK, *Engagierte Demokraten*, 1999; R. J. B. BOSWORTH/P. DOGLIANI, *Italian fascism*, 1999.

¹⁷ Vgl. C. MEYER, »Privatangelegenheit«, 2007; M. FULBROOK, *Dissonant Lives*, 2011; C. DUGGAN, *Internalisation*, 2013; A. WIRSCHING, *Volksgemeinschaft*, 2014; J. STEUWER, »Ein Drittes Reich«, 2017; F. VOLLMER, *Politische Kultur*, 2007; P. CORNER, *Fascist Party*, 2012. Zum zeitgenössischen Reden von Nationalsozialismus und Faschismus als »Politik« vgl. C. DUGGAN, *Fascist Voices*, 2013, S. 163; V. KLEMPERER, *Zeugnis*, Bd. II: 1935–1936, 1999, Eintrag v. 20.6.1935, S. 37.

der Kameradschaftlichkeit überdeckt wurden.¹⁸ Die Regime und ihre Wohlfahrtseinrichtungen richteten den Einzelnen primär auf seine Funktion für das soziale Ganze aus und machten die Gemeinschaftsutopien der »Volksgemeinschaft« sowie der *comunità nazionale* zu handlungsleitenden Maximen in der sozialen Lebenswelt. Dies äußerte sich in der massiven Erfahrung sozialer Kontrolle im Alltag, aber auch im Voluntarismus der Vielen, die sich aus eigennützigem oder altruistischer Motivation heraus zu Agenten des Regimes machten.¹⁹ In Italien kam der faschistischen Partei zudem die besondere pädagogische Aufgabe zu, die Italiener im Sinne ihrer Ideologie zu »neuen Menschen« zu formen und sie zur Unterordnung gegenüber dem Staat zu erziehen, was ihr freilich nur bedingt gelang.²⁰ Auch deshalb zählte die physische Gewalt zu den zentralen Mitteln politischer Partizipation und sozialer Kontrolle in den faschistischen Diktaturen, ob gegen politisch Andersdenkende, rassistisch Exkludierte oder sozial Deviante. In Italien war sie alltäglicher und stärker klassenpolitisch konnotiert als in NS-Deutschland; zugleich blieb dort aber auch eine sozialistische Gegensymbolik vital, die sich des Öfteren in kleinen symbolischen Widerstandshandlungen im Alltag italienischer Städte und Gemeinden zeigte.²¹ Nicht zuletzt beruhte der Konsens in den Regimen wesentlich auf der Wahrnehmung ihres sozioökonomischen Erfolges und auf sich ausweitenden Konsummöglichkeiten. In den 1930er Jahren konnte sich der Alltag in den faschistischen Diktaturen so durch ein gehöriges Maß an perzipierter »Normalität« auszeichnen, die dann durch Kriegsbeginn und Kriegseintritt ausgehebelt wurde.²²

¹⁸ Vgl. P. TERHOEVEN, *Liebespfand*, 2003, S. 430 f.; P. WILLSON, *Working-Class Women*, 2013, S. 76 f.; A. ASCENZI/M. BRUNELLI, »Silent mission«, 2016; D. SÜSS, *Tod aus der Luft*, 2011, S. 67 f.; R. OVERY, *Bombardamenti*, 2012, S. 29 f.; N. KRAMER, *Mobilisierung*, 2007, S. 83 f.; DIES., *Volksgenossinnen*, 2011; F. MAUBACH, *Expansionen*, 2007; L. APEL, *Keine Unbeteiligten*, 2013.

¹⁹ Vgl. F. BAJOHR/M. WILDT, *Einleitung*, 2009; A. NOLZEN, *Inklusion*, 2009; S. REICHARDT, *Faschistische Beteiligungsdiktaturen*, 2014; W. SCHIEDER, *Faschistische Diktaturen*, 2008, S. 397–415; P. TERHOEVEN, *Liebespfand*, 2003, S. 38, 81–99, 131–136, 142–147, 150, 213–215; R. GELLATELY, *Hingeschaut und weggesehen*, 2005, S. 261–265; P. CORNER, *Fascist Party*, 2012, S. 178, 232; C. DUGGAN, *Fascist Voices*, 2013, S. 156 f., 162–178; V. GALIMI, »New Racist Man«, 2012.

²⁰ Vgl. E. GENTILE, *Fascismo*, 2011, S. 172–205, 235–264; DERS., *Der »neue Mensch«*, 2014. Das Scheitern des PNF bei dieser Aufgabe betont P. CORNER, *Fascist Party*, 2012.

²¹ Vgl. M. WILDT, *Gewalt als Partizipation*, 2008; M. R. EBNER, *Terror und Bevölkerung*, 2005; DERS., *Ordinary Violence*, 2011; L. KLINKHAMMER, *Staatliche Repression*, 2005; R. J. B. BOSWORTH, *Everyday Mussolinism*, 2005; S. KELLER, *Volksgemeinschaft am Ende*, 2013. Zu symbolischem Widerstand vgl. auch F. VOLLMER, *Politische Kultur*, 2007, S. 202–208; C. DUGGAN, *Fascist Voices*, 2013, S. 163. Bei fast drei Vierteln der vor den faschistischen Sondergerichten verhandelten Fälle saß ein Industriearbeiter auf der Anklagebank, vgl. G. DE LUNA, *Donne in oggetto*, 1995, S. 17.

²² Vgl. A. WIRSCHING, *Volksgemeinschaft*, 2014; L. CASALI, *Bugie di guerra*, 2013; O. LUBRICH, *Berichte*, 2007; P. CAVALLO, *Italiani in guerra*, 1997; A. NOLZEN, *NSDAP*, 2004. Zur Konsumkultur in den Regimen vgl. D. FORGACS/S. GUNDEL, *Mass Culture*, 2007; H. BERGHOFF, *Träume und Alpträume*, 2009.

Für den Umgang mit Politik nach 1945 bedeuteten diese Erfahrungen mehr als die Notwendigkeit, auf den »Führer« oder »Duce« zu verzichten und wieder mit Parlamenten und Gewaltenteilung leben zu lernen. Die einflussreichste Folge der faschistischen Diktaturen war, dass sie aufgrund ihrer Penetration des Alltags weite Räume hinterließen, die die Spuren ihrer Omnipräsenz trugen und die es nach 1945 neu auszufüllen galt. »Was ist Politik?«, fragte sich Hannah Arendt im August 1950 und brachte damit ein fundamentales Problem der Zeitgenossen auf den Punkt. Im Zeitalter der Weltkriege, totalitärer Diktaturen, atomarer Bewaffnung und der beginnenden Blockkonfrontation schien »Politik« entgrenzt und gefährlich, und Arendt sah sich deshalb veranlasst, einen neuen, positiv besetzten Politikbegriff zu entwerfen, der die »Freiheit« zum Inhalt haben sollte.²³ Was Philosophinnen umtrieb, mussten Deutsche und Italiener auch in ihrer lokalen Alltagspraxis leisten: eine Neudefinition des Politischen, nachdem es in den faschistischen Regimen alles hatte bedeuten können und in der Sowjetunion noch immer alles bedeuten konnte. Wie die Zeitgenossen eine postfaschistische Politik in der lokalen Praxis entwarfen, wie variantenreich diese Entwürfe nach der Diktaturerfahrung sein konnten, inwiefern dabei politische Traditionen fortwirkten, die älter waren als Faschismus und Nationalsozialismus, und wie situativ und kontingent die politischen Deutungsmuster waren, die in den Nachkriegsdekaden geprägt wurden: Diese Fragen bilden die zentralen Fluchtpunkte der Studie.

Während die transnationale Faschismusforschung seit einiger Zeit in ihrer Blüte steht, steckt die vergleichende historische Erforschung der Demokratie, zumal der postfaschistischen, noch in ihren Kinderschuhen, wird aber jüngst wieder verstärkt eingefordert.²⁴ Lediglich die Erinnerungskulturen, die Historiographie und die Imagepolitik im Schatten von Faschismus und Nationalsozialismus sind zum Gegenstand deutsch-italienischer Vergleiche geworden, die große Unterschiede zutage gefördert haben.²⁵ Deutsche Kenner des Feldes haben das Erkenntnispotenzial komparativer Blicke auf Italien und die Bundesrepublik zwar betont.²⁶ Doch der vor über zehn Jahren formulierten Ermunterung Charles Maiers, den Weg aus der Diktatur in das Protest- und Krisenzeitalter der langen 1970er Jahre im deutsch-italienischen Vergleich zu verfolgen, ist

²³ H. ARENDT, Was ist Politik?, 2010, S. 28 f., 77.

²⁴ Vgl. S. LEVSEN/C. TORP, Die Bundesrepublik und der Vergleich, 2016, S. 16–28; K. K. PATEL, Ex comparatione lux, 2016, S. 298–300; S. LEVSEN, Einführung, 2016. Zur transnationalen Faschismusforschung vgl. neben dem bereits Genannten: K. K. PATEL/S. REICHARDT, Dark Side of Transnationalism, 2016; G. CORNI, Fascismo e fascismi, 1989; R. BESSEL, Fascist Italy, 1996; C. DIPPER u. a., Faschismus, 1998; S. REICHARDT/A. NOLZEN, Faschismus, 2005; F. ESPOSITO, Mythische Moderne, 2011; W. NITZ, Führer und Duce, 2013; T. SCHLEMMER u. a., Die Achse im Krieg, 2010.

²⁵ E. A. GAJEK, Imagepolitik, 2013, insb. S. 503 f.; C. CORNELISSEN u. a., Erinnerungskulturen, 2003; M. v. LEHN, Historiker, 2012.

²⁶ H. WOLLER, Italien und Deutschland, 2006, insb. S. 30–33; P. TERHOEVEN, Einleitung, 2010, S. 10 f.

bislang keine Studie gefolgt, die sich tatsächlich für diesen Weg interessierte.²⁷ Für eine vergleichende Demokratiegeschichte aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive gibt es, so Christof Dipper, nicht einmal etwas, das als Vorstudie bezeichnet werden könnte.²⁸ Erst die Phase, als die beiden Gesellschaften erneut ihr problematisches Verhältnis zur Demokratie demonstrierten, weckt das empirische Interesse der Sozial- und Geschichtswissenschaften. Der staatliche und öffentliche Ausnahmezustand der 1970er Jahre im Angesicht der terroristischen Herausforderung bildet, gemeinsam mit den sozialen Bewegungen, den zentralen Gegenstand zeithistorischer Studien zu Vergleich, Transfer und Verflechtung über die Alpen hinweg.²⁹

In Italien ist der historische Vergleich mit Deutschland von jeher nicht sonderlich beliebt, und das hat mit der postfaschistischen Gedächtnispolitik selbst zu tun. Eine Gesellschaft, die sich seit dem Waffenstillstand 1943 kollektiv als Opfer deutscher Besatzung und »nazifaschistischer« Gräueltaten begreifen konnte, die vor der Folie der Shoah und deutscher Kriegsverbrechen ihre Diktatur als die »harmlose« Variante verklärte und sich in der kollektiven Erinnerung entweder das Siegel der unbeteiligten »guten Leute« (*brava gente*) oder des im Widerstandskampf vereinten »antifaschistischen« Volkes verlieh, wollte sich nicht mit einer deutschen Gesellschaft vergleichen, die ihr als gedächtnispolitisches Gegenüber diente.³⁰ Deshalb ist der Vergleich mit Deutschland lange Zeit »Unsitte« (Filippo Focardi) gewesen.³¹ Auch heute noch misst man sich eher an einer britisch-französischen »Normalgeschichte«, an der sich dann eine italienische Version des »Sonderwegs« entfalten lässt.³² Seitdem auch die deutsche Forschung das Paradigma der »parallelen Geschichte« beider Länder ad acta gelegt hat, herrscht in der germanophonen italienischen Zunft die Ansicht vor, die nationalen Verhältnisse seien derart verschieden, dass nur mehr diplomatische und politisch-kulturelle Beziehungs- und Wahrnehmungsgeschichten angezeigt seien.³³

Die komparatistische Zurückhaltung hängt auch damit zusammen, dass sich die wenigen vergleichenden Überlegungen zur »Transition« von der Diktatur

²⁷ C. S. MAIER, *Italien und Deutschland*, 2006.

²⁸ C. DIPPER, *Deutsche und Italiener*, 2007, S. 2.

²⁹ L. DI FABIO, *Due democrazie*, 2018; P. TERHOEVEN, *Deutscher Herbst*, 2014; J. HÜRTER, *Anti-Terrorismus-Politik*, 2009; J. HÜRTER/G. E. RUSCONI, *Die bleiernen Jahre*, 2010; D. DELLA PORTA, *Social Movements*, 1995; M. TOLOMELLI, »Repressiv getrennt«, 2001; DIES., *Terrorismo e società*, 2007; H. REITER/K. WEINHAEUER, *Police*, 2007.

³⁰ Vgl. u. a. E. COLLOTTI/L. KLINKHAMMER, *Neubewertung*, 2000; R. J. B. BOSWORTH/P. DOGLIANI, *Italian Fascism*, 1999; C. LIERMANN u. a., *Umgang*, 2007; D. BIDUSSA, *Mito*, 1994; F. FOCARDI, »Bravo italiano«, 1996; C. BALDASSINI, *L'ombra di Mussolini*, 2008.

³¹ Vgl. W. SCHIEDER, *Angst vor dem Vergleich*, 2006; F. FOCARDI, *Die Unsitte des Vergleichs*, 2006.

³² Siehe etwa P. POMBENI, *Roots*, 2002.

³³ Vgl. C. LIERMANN/F. TRANIELLO, *Italia e Germania*, 2007, S. 346. Zu Beziehungsgeschichten siehe G. E. RUSCONI/H. WOLLER, *Parallele Geschichte?*, 2006; G. E. RUSCONI u. a., *Estraniamento*, 2008; B. ROTHER, *Willy Brandt*, 2011; F. TRIOLA, *Le elezioni politiche*, 2016.

zur Demokratie und zur »Stabilisierung« der beiden jungen Republiken auf die institutionellen, parteigeschichtlichen und verfassungsrechtlichen Unterschiede konzentrieren. Dazu zählen der ausbleibende Austausch bürokratischer Eliten in Italien, die Unterschiede in der (föderalen versus zentralen) Staatsorganisation und die Diskrepanz zwischen dem nüchtern-pragmatischen Grundgesetz und der mit sozialen Visionen aufgeladenen Verfassung der italienischen Republik.³⁴ Paolo Pombeni hat zwar auch Ähnlichkeiten in der politischen Entwicklung der 1940er und 1950er Jahre erkannt, darunter die Westintegration, die erfolgreiche Integration der Regime-Belasteten oder die von Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi forcierte europäische Zusammenarbeit. Zu den grundlegenden Unterschieden in der politischen Landschaft, auf die auch Pombeni hinweist, gehört jedoch vor allem die Stärke der italienischen Kommunistischen Partei (Partito Comunista Italiano, PCI), die ihre Bande zur Sowjetunion erst in den 1970er Jahren löste und mit ihrer Gewerkschaft intensive Arbeitskämpfe führte, während SPD und DGB erfolgreich den Weg der »Westernisierung« beschritten.³⁵ Ferner gilt der Konzentrationsprozess im westdeutschen Parteiensystem als Stabilitätsgarant, während sich sein italienisches Pendant mit mehreren liberalen, mehreren linken, einer neofaschistischen, mehreren monarchistischen und einer christdemokratischen Partei als dauerhaft stark zersplittert erwies.³⁶

Der Beweis, dass die Bundesrepublik und die Republik Italien unterschiedliche Vergleichseinheiten darstellen, ist also hinreichend geführt worden. Welche Rahmenbedingungen und Strukturmerkmale aber zu wirkmächtigen Faktoren in der historischen Entwicklung wurden, darüber kann bislang nur spekuliert werden, weil empirische Vergleiche über einen längeren Zeitraum fehlen. Christof Dipper hat solche Arbeiten eingefordert, um national spezifische Wege in die Moderne zu ergründen, ohne dem Standard westlicher Normalgeschichten zu verfallen.³⁷ Komparative Studien zum 19. und frühen 20. Jahrhundert sind diesem Programm gefolgt.³⁸ In einer Weiterentwicklung der Überlegungen Dippers, der sich auf das Zeitalter der Moderne bis 1960 bezieht, hat Lutz Raphael einen erkenntnisleitenden Rahmen für deutsch-italienisch vergleichende Forschungen nach 1960 formuliert. Er schlägt vor,

³⁴ H. ULLRICH, *Vorüberlegungen*, 2001; H. WOLLER, *Nascita*, 1993; P. MELOGRANI, *L'Italia e la Germania*, 2005; C. JANSEN, *Transizione*, 2006.

³⁵ P. POMBENI, *Politische Stabilisierung*, 2006. Zu den Arbeitskämpfen vgl. T. KÖSSLER, *Neue Ordnung*, 2007; T. KROLL, *Gewerkschafts- und Arbeitskulturen*, 2008; zur SPD vgl. J. ANGSTER, *Konsequenzkapitalismus*, 2003.

³⁶ E. WOLFRUM, *Die glückliche Demokratie*, 2007, S. 60; S. CAVAZZA, *Regionalism*, 2012; M. CACIAGLI, *Die politische Kultur*, 2012.

³⁷ C. DIPPER, *Italien und Deutschland*, 2000; DERS., *Ferne Nachbarn*, 2005; DERS., *Uguali und diversi*, 2010.

³⁸ M. BORUTTA, *Antikatholizismus*, 2010; V. GIRONDA, *Politik der Staatsbürgerschaft*, 2010; O. JANZ u. a., *Centralismo*, 2000; S. BEHRENBECCK/A. NÜTZENADEL, *Inszenierungen*, 2000; C. DIPPER, *Deutschland und Italien*, 2005.

ähnliche sozioökonomische »Basisprozesse« daraufhin zu untersuchen, wie die zeitgenössischen Gesellschaften sie »sinnhaft« verstanden.³⁹ Aus einer politikgeschichtlichen Perspektive schließlich hat Martin Conway die westeuropäischen, auch Westdeutschland und Italien umfassenden Gemeinsamkeiten in »Europe's Democratic Age« (1945–1973) analysiert, wozu etwa die besondere politische Rolle der Kirchen und der Christdemokratie sowie eine bemerkenswert lokale Orientierung der Zeitgenossen bei der Verhandlung politischer Legitimität gehörten.⁴⁰

Solche Überlegungen bewegen sich im Kontext einer transnationalen Geschichtswissenschaft, die verflochtene Perspektiven auf ihren Gegenstand entwickelt. Das vorliegende Buch verortet sich hier, wenn es die Vogelperspektive des politologischen Systemvergleichs verlässt und ein translokales Vergleichssetting entwickelt: ein Setting also, das unterhalb des Nationalen untersucht und das Lokale als Ort transnational wirksamer Einflüsse, Entwicklungen und Herausforderungen begreift. Aus dieser Perspektive stellt sich die Situation, der sich Westdeutsche und Italiener seit Kriegsende ausgesetzt sahen, in vieler Hinsicht sehr ähnlich dar. In der lokalen Lebenswelt ging es zunächst vor allem um die Bewältigung der Kriegsfolgen, die Wiederherstellung von ›Ordnung‹ und den Wiederaufbau der Städte. Dabei mussten Italiener und Deutsche in Anwesenheit unzähliger einstiger Parteigenossen von PNF und NSDAP neue (partei-)politische Loyalitäten knüpfen und entscheiden, ob sie sich wieder politisch engagieren wollten – und wie sie überhaupt zur Politik standen. Ein Angebot der Neuordnung lieferte der Kalte Krieg. Bei den Parlamentswahlen der ersten zwei Dekaden hatten Italiener und Westdeutsche neben mehreren Splitterparteien zwei große Alternativen vor Augen: eine christdemokratische Regierungspartei, die von der katholischen Kirche unterstützt wurde und für die Anbindung an den Westen stand, und eine linke Alternative, die mit dem Ostblock assoziiert werden konnte. Dass sich SPD und PCI in Sachen Sowjettreue fundamental unterschieden, änderte nichts an dem Umstand, dass die SPD in der gegnerischen Propaganda der 1950er Jahre in dieselbe Nähe zu ›Moskau gerückt wurde wie die Kommunisten in Italien.⁴¹ Zugleich waren SPD wie PCI die mitgliederstärksten Parteien ihres Landes und strebten beide seit den 1940er Jahren danach, ihre Mitglieder- und Wählerbasis auf die Mittelschichten auszuweiten. Im bipolaren Gefüge des Kalten Krieges im Inneren der beiden Gesellschaften hatten sich Deutsche und Italiener, ob sie wollten oder nicht, letztlich zu entscheiden, ob sie ›links‹ oder ›rechts‹ standen, und auch wenn sie eine

³⁹ L. RAPHAEL, Konzept der »Moderne«, 2014, S. 107 f., Zitate S. 98.

⁴⁰ M. CONWAY, Rise and Fall, 2004. Vgl. auch D. GEPPERT, Introduction, 2003; M. PRINZ, Gesellschaftlicher Wandel, 2007.

⁴¹ Vgl. T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 291 f.; E. WOLFRUM, Die geglückte Demokratie, 2007, S. 46 f. Zu den ähnlichen Herausforderungen in Wiederaufbau und Kaltem Krieg vgl. C. DUGGAN/D. WAGSTAFF, Italy in the Cold War, 1995; M. DEL PERO, Containing containment, 2003; R. G. MOELLER, West Germany under Construction, 1997.

kleinere laizistische Partei wählten, positionierten sie sich in aller Regel auf der Seite der Antikommunisten.

Neben den politischen Positionierungen im Alltag des Kalten Krieges bildet der soziale und kulturelle Wandel an der Basis der beiden Gesellschaften das zweite Interessensfeld des vorliegenden Buches. Insofern dient sein lokalgeschichtlicher Zugriff dazu, Politik- und Sozialgeschichte miteinander zu verbinden. Die Erfahrung ungeahnten Wohlstands und stabilen Wachstums, so die heuristische Annahme der Studie, beeinflusste nicht nur die Beobachtung von Politik immens, sondern veränderte auch die materiellen Kommunikationsbedingungen vor Ort, noch begleitet vom Aufstieg der elektronischen Massenmedien und der zunehmenden Medialisierung, die sich auf die Darstellung und Wahrnehmung von Politik im lokalen Alltag auswirkten. Auch die Ernüchterung der Wohlstandsgesellschaften seit den späten 1960er Jahren, die nicht nur in den Konjunktur- und Energiekrisen, sondern auch in der umfassenden moralischen Infragestellung des Westens durch die neue Generation um ›1968‹ begründet lag, war in den urbanen Lebenswelten stark spürbar.⁴² Wie, und auf welche unterschiedlichen Weisen, diese »Basisprozesse« (Lutz Raphael) und transnationalen Herausforderungen den Blick auf die repräsentative Demokratie formatierten, will die Studie klären. Zum einen nutzt sie den Vergleich, um eine Gesellschaft und ihre Entwicklungsfaktoren im Spiegel der anderen besser zu verstehen.⁴³ Zum anderen untersucht sie das Lokale als Handlungs- und Deutungsraum von Politik in Zeiten fortschreitender Medialisierung und materiellen, sozialkulturellen Wandels, um so auch transnationale Ähnlichkeiten zu entdecken.

Wege der »Demokratisierung«. Historiographische Narrative

Legt man die historiographischen Narrative beider Republiken nebeneinander, scheint das Urteil klar. Die Bundesrepublik gilt als die »geglückte« Demokratie (Edgar Wolfrum) und Historiker können beinahe selbstverständlich das »Erfolgsmodell BRD« zur Vergleichseinheit erklären.⁴⁴ Die italienische Republik erscheint demgegenüber als schwieriger Fall, der vor allem vor der Folie Frankreichs und Großbritanniens evident gemacht wird.⁴⁵ Während sich westdeutsche Historiker seit den 1990er Jahren auf die Suche nach den Ursachen für eine gelungene »Demokratisierung« begeben können, existiert kein Standardwerk zur italienischen Republik, das nicht getragen wäre von der Suche nach

⁴² Zum Forschungsstand, auf dem diese Thesen beruhen, siehe die einzelnen Kapitel und insbesondere die dortigen Einleitungen.

⁴³ Vgl. C. DIPPER, *Italien und Deutschland*, 2000, S. 493.

⁴⁴ E. WOLFRUM, *Die geglückte Demokratie*, 2007; A. SCHILDT, *Ankunft im Westen*, 1999; H.-U. WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5, 2008, S. XV, 15 f.; J. CALLIESS, *Geschichte des Erfolgsmodells BRD*, 2007.

⁴⁵ Siehe etwa M. S. PIRETTI, *Elezioni*, 1995, S. 386; P. POMBENI, *Roots*, 2002.

den Fehlkonstruktionen und versäumten Entscheidungen, die zur umfassend verstandenen »Krise« seit den 1960er Jahren führten.⁴⁶ Sie mündete Anfang der 1990er Jahre in der Auflösung des Parteiensystems nach dem Korruptions-skandal *Tangentopoli*, mit dem sich die politische Klasse Italiens parteiübergreifend desavouierte und die sogenannte Erste Republik unterging. Unverwickelt waren einzig die Kommunisten; dennoch bescheinigt die seit den 1990er Jahren boomende Aufarbeitungshistorie auch ihnen einen wesentlichen Anteil am Scheitern der Ersten Republik.⁴⁷

Als ihre große Aporie gilt der unmögliche Regierungswechsel, die ausbleibende *alternanza*. Da der PCI rasch zur zweitgrößten Wählerpartei anwuchs, aber im parlamentarischen »*conventio ad excludendum*« dauerhaft von der Regierungsbeteiligung ausgeschlossen wurde, schien der stabilen christdemokratischen Wahlgewinnerin, der Democrazia Cristiana (DC), die Rolle der permanenten Regierungspartei nachgerade schicksalhaft zuzufallen. Dies beförderte den Staatsklientelismus, den christdemokratischen *sottogoverno* und den Groll jener, die über keine Kontakte zur Staatspartei verfügten. Für die Immobilität der Ersten Republik scheinen sodann die starken und relativ persistenten politischen »Subkulturen« verantwortlich, die an eine zerklüftete Wählerlandschaft denken lassen, während sich die politischen Eliten im Parlament zunehmend in interfraktioneller Zusammenarbeit (*consociativismo*) ergingen. Ein fehlendes Parteiengesetz, das innerparteiliche Demokratie garantiert hätte, und die Persistenz herber sozialer Konflikte im Umfeld der Fabriken machen das Bild einer belasteten und unvollkommenen Republik perfekt.⁴⁸

Die gesplante Historikerzunft hat zwei unterschiedliche Interpretationen für die »Anomalie« Italiens (Lucio Caracciolo) hervorgebracht. Während die nach links neigende Fraktion die fehlenden demokratischen Traditionen vor dem Faschismus, die »Kontinuität des Staates« (Claudio Pavone) nach 1945 und das Repräsentativitätsproblem in der Parteiendemokratie ins Feld führen, problematisiert das rechte, liberalkonservative Lager vor allem das schwierige Verhältnis der Italiener zur Nation und die Frage ihrer kulturellen Einheit.⁴⁹

⁴⁶ Die italienischen Anomaliegeschichten diskutiert anschaulich L. CARACCILO, *L'Italia*, 1999. Siehe die Deutungen bei S. LANARO, *Storia dell'Italia repubblicana*, 1992; P. IGNAZI, *Potere dei partiti*, 2002; A. DI MICHELE, *Storia dell'Italia repubblicana*, 2008; G. CRANZ, *Autobiografia*, 2009. Deutsche Blicke auf die italienische Nachkriegsgeschichte akzentuieren stärker ihre Erfolge, so H. WOLLER, *Geschichte Italiens*, 2010, S. 258 f., 300–307, 319–321, 329, 311 f., 334; C. JANSEN, *Italien seit 1945*, 2007.

⁴⁷ Maßgeblich dafür: P. SCOPPOLA, *Repubblica dei partiti*, 1997. Siehe auch F. CICCHITTO, *L'influenza del comunismo*, 2008.

⁴⁸ Gut nachvollziehbar bei M. KREILE, *Republik Italien*, 2000.

⁴⁹ Zur »linken« Deutung siehe etwa N. TRANFAGLIA, *Prima guerra mondiale*, 1995, S. 655 f., 673; G. E. RUSCONI, *Resistenza*, 1996, S. 70; S. COLARIZI, *Togliatti e l'anomalia italiana*, 2007, S. 426, 429; umfassend: M. S. PIRETTI, *Elezioni*, 1995. Auch hier wird jedoch das Fehlen gemeinsamer nationaler Bezugspunkte betont, dessen Wurzeln in der Zeit seit dem Ersten Weltkrieg verortet werden, siehe S. NERI SERNERI, *Classe, partito, nazione*, 1995, S. 263–284; vgl. auch G. E. RUSCONI, *Nazione*, 1993. Zur »rechten« Deutung siehe E. GALLI DELLA LOGGIA, *Morte della patria*, 1995.

Diese zweite Deutung kreist um das unverarbeitete Trauma des Bürgerkrieges von 1943–1945, der eine positive Nationsvorstellung ausgelöscht habe. Hohe Konjunktur hat in beiden Lagern seit drei Jahrzehnten die Dekonstruktion des Resistenza-Gründungsmythos der Republik, wonach die Mehrheit der Italiener 1943–1945 im antifaschistischen Kampf vereint gewesen sei.⁵⁰ Einer ausgewogen argumentierenden Geschichtswissenschaft gelten Bürgerkrieg und Resistenza inzwischen als umstrittene Erinnerungsorte einer in der Einschätzung von Faschismus und Antifaschismus gespaltenen Republik.⁵¹

Vor diesem Hintergrund wird auch das Wirken der großen politischen Parteien, die sich nach 1945 auf den Antifaschismus beriefen – insbesondere die Christdemokraten, die in dieser Hinsicht jedoch gespalten waren, die Kommunisten und die Sozialisten –, unterschiedlich bewertet. Jüngere Studien haben sich bemüht, ihre Leistungen in der Transitionszeit und in der Frühphase der Republik zu betonen. Durch ihre Massenorganisationen und die Wertewelt, die sie zur Verfügung stellten, hätten sie den Italienern kulturellen Halt gegeben, ihnen die vermeintlich fehlende Zivilkultur vermittelt und ihnen so einen Weg vom Faschismus in die Demokratie gebaut. Mariuccia Salvati hat ihr Verdienst bei der »Nationalisierung« der »Massen« hervorgehoben.⁵²

Blicken solche Befunde auf die konstitutive Phase der Republik und auf ihre lokale »Herstellung«, verlagert sich die Untersuchungsebene für die Zeit ab den späten 1950er Jahren auf die nationale Ebene und im Wesentlichen nach Rom, wo die Parteiführungen politische Entscheidungen trafen (oder unterließen) und nicht in der Lage schienen, dauerhaft stabile Regierungen zu bilden und die »Modernisierung« Italiens steuernd zu begleiten. Letztlich gilt das Unvermögen der Mitte-Links-Regierung (*centro-sinistra*), im Laufe der 1960er Jahre mit adäquaten Reformen und wirtschaftspolitischen Konzepten eine sich wandelnde Gesellschaft zu begleiten und auf Konjunkturstörungen zu antworten, als ausschlaggebend für die beginnende »Krise«, die seither die italienische Republik nicht mehr losließ.⁵³ Wie sehr sie sich als zeitgenössische Selbstbeschreibung einbrannte, hat der US-amerikanische Politikwissenschaftler Joseph LaPalombara in einem erfrischenden Abgesang auf die Chance, die italienische Republik mit sozialwissenschaftlichen Kategorien zu vermessen, ironisch beschrieben: Als Ronald Reagan 1985 den italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi empfing, fragte er ganz im Stile seiner Vorgänger, »Wie

⁵⁰ Vgl. L. KLINKHAMMER, *Novecento*, 2004, S. 123.

⁵¹ Vgl. DERS., *Resistenza-Mythos*, 1997; J. PETERSEN, *Ort der Resistenza*, 1996; F. FOCARDI, *Reshaping the Past*, 2003; DERS., *Guerra della memoria*, 2005; I. BRANDT, *Memoria*, 2010; P. COOKE, *Legacy*, 2011.

⁵² Vgl. M. SALVATI, *Cittadini e governanti*, 1997, S. 27; S. LUPO, *Partito e antipartito*, S. 22 f.; G. GOZZINI, *Democrazia dei partiti*, 2007, S. 299 f.; A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008; S. NERI SERNERI/DERS., *Gli spazi dei partiti*, 1997; P. POMBENI, *I partiti e la politica*, 1997. Zur Diskussion vgl. M. RIDOLFI, *Tradizioni*, 2012.

⁵³ Vgl. S. LANARO, *Storia dell'Italia repubblicana*, 1992, S. 326–363; G. CRAINZ, *Paese mancato*, 2005, S. 19–32 u. Kap. 3; G. MORO, *Anni Settanta*, 2007, S. 49 f.

geht es Ihrer Krise?«. »Danke, bestens«, habe Craxi geantwortet.⁵⁴ Anders als LaPalombara jedoch versuchen die meisten Beobachter nicht, die angesichts der Dauerkrise rätselhaft anmutende Stabilität der italienischen Demokratie zu erklären, sondern verweisen auf die mutmaßlich defizitäre politische Kultur, die maßgeblich von einer schwachen Identifikation mit dem Staat, einer starken Familienorientierung und dem persistenten Klientelismus gezeichnet sei und erst im vereinten Kampf gegen Silvio Berlusconi langsam eine vitale Zivilgesellschaft erkennen lasse.⁵⁵

Die »Erfolgsgeschichte« der Bonner Republik wird demgegenüber seit einiger Zeit unter dem analytischen Konzept der »Demokratisierung« untersucht, das nach dem Erlernen demokratischer Werte und dem Wandel der »politischen Kultur« fragt.⁵⁶ Toleranz, Konfliktbereitschaft, »Zivilität« und die Abkehr von autoritären Grundeinstellungen gelten als Marker einer »Verinnerlichung« der Demokratie (Konrad Jarusch), die für diverse soziale Gruppen und Institutionen untersucht worden ist, allen voran die Intellektuellen.⁵⁷ Als Träger des »Zivilisierungs«-Prozesses gelten vor allem »transkulturelle« Mittler aus den USA und Westeuropa, die mit westdeutschen Funktionseliten in Berührung kamen oder diese ausbildeten.⁵⁸ Damit stellt das Demokratisierungsparadigma im Grunde ein kulturgeschichtliches Pendant zur »Westernisierung« dar, einem ideengeschichtlichen Konzept, mit dem Anselm Doering-Manteuffel die Anverwandlung liberaler Ideen und pluralistischer Werte im Zuge eines transatlantischen, mithin auch westeuropäischen Konvergenzprozesses beschreibt. Einige italienische Historiker wie Paolo Pombeni, Mariuccia Salvati und Stefano Cavazza arbeiten ähnlich, fokussieren sich dabei jedoch auf die soziologische Ideengeschichte oder auf Felder kultureller Amerikanisierung wie dem Konsum; empirische Studien zur Westernisierung von Parteien, Verbänden oder Gewerkschaften liegen für Italien nicht vor.⁵⁹

Eine komplementäre Perspektive leitet die Stabilisierung der westdeutschen Demokratie aus der Überwindung nationalsozialistischer oder autoritativer Deutungsmuster und Ordnungsvorstellungen her. Historikerinnen und Historiker untersuchen die Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen und Täterschaft,

⁵⁴ J. LAPALOMBARA, *Die Italiener*, 1988, S. 15.

⁵⁵ P. GINSBORG, *Italian Political Culture*, 1995; vgl. A. DAVIDSON, *Identità nazionale*, 2007.

⁵⁶ C. FRÖHLICH, *Rückkehr zur Demokratie*, 2009; M. GREIFFENHAGEN, *Vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie*, 1984.

⁵⁷ Zu den »demokratischen« Werten siehe K. H. JARAUSCH, *Umkehr*, 2004, S. 182; A. BAUERKÄMPER u. a., *Einleitung*, 2005, S. 13; K. BRÜCKWEH, »Einzelerscheinungen«, 2011, S. 83 f. Für einzelne Gruppen und Institutionen siehe u. a. J. REQUATE, *Kampf*, 2008; K. WEINHAUER, *Schutzpolizei*, 2003; C. v. HODENBERG, *Konsens und Krise*, 2006; M. SCHEIBE, *Auf der Suche*, 2002; M. M. PAYK, *Geist der Demokratie*, 2008.

⁵⁸ A. BAUERKÄMPER u. a., *Demokratiewunder*, 2005; DERS., *Demokratisierung*, 2008.

⁵⁹ A. DOERING-MANTEUFFEL, *Wie westlich*, 1999; DERS., *Westernisierung*, 2003; P. POMBENI, *Legittimazione*, 2003; DERS., *L'eredità*, 2003; S. CAVAZZA, *Rinascita dell'occidente*, 2006; M. SALVATI, *Storia e scienze sociali*, 2013.

den Umgang von Staat und Öffentlichkeit mit Kriminalität und sozialer Devianz, Rassismus und Sexualität, die Ausbreitung der Jugendkultur, den Wandel von Erziehung, Geschlechterrollen und Diskussionskultur, die Veränderungen in Ausbildung und Berufspraxis, den Einfluss des Massenkonsums und der Massenmedien. Auf all diesen Feldern beobachten sie Prozesse der Verinnerlichung von Demokratie, die so im Grunde in den Wandlungsprozessen aufgeht, die Ulrich Herbert als »Liberalisierung« bezeichnet hat.⁶⁰ Neuere Ansätze erkunden die Demokratie im Gewande einer *Moral History* ebenfalls als eine Form der Innerlichkeit und der Lebensweise. Parallelen zur kulturgeschichtlichen Bürgertumsforschung sind hier offenkundig.⁶¹

Auch die gesellschaftliche »Modernisierung« und kulturelle Amerikanisierung, insbesondere die Ausbreitung der Jugend- und Massenkonsumkultur, werden in der deutschen Zeitgeschichtsforschung als Basisprozesse von Demokratisierung verstanden.⁶² Den »zivilen Habitus« und das »moderne Lebensgefühl«, die sie vermittelten, machten die Westdeutschen ihren westlichen Nachbarn ähnlicher, und dies habe es ihnen erleichtert, »das westliche Modell der kapitalistischen Demokratie« zu akzeptieren, so Konrad Jarasch.⁶³ Worin jedoch die kausalen Zusammenhänge zwischen der Akzeptanz demokratischer Institutionen und den wirtschaftlichen, demographischen, sozialstrukturellen und sozialkulturellen Wandlungsprozessen seit den 1950er Jahren⁶⁴ genau bestanden, und ob es sich nicht einfach um Koinzidenzen handelte, die modernisierungstheoretisch als Kausalitäten gedeutet werden, bleibt bislang weitgehend ungeklärt.⁶⁵ Zog ein »modernes Lebensgefühl« tatsächlich eine

⁶⁰ U. HERBERT, Liberalisierung, 2002. Für Beispiele siehe die Beiträge in DERS., Wandlungsprozesse, 2002, sowie in M. FRESE u. a., Demokratisierung, 2005; E. CARTER, How German Is She?, 1997; D. SIEGFRIED, Time is on my side, 2006; D. HERZOG, Sex after Fascism, 2005; H. FEHRENBACH, Race after Hitler, 2005; B. M. PUACA, Learning Democracy, 2009; C. JAHR, Fighting Antisemitism, 2009; K. BRÜCKWEH, »Einzelperscheinungen«, 2011, sowie die einschlägigen Beiträge in B. WEISBROD, Die Politik der Öffentlichkeit, 2003; F. BÖSCH/N. FREI, Medialisierung und Demokratie, 2006.

⁶¹ T. VAN RAHDEN, Clumsy Democrats, 2011; H. KNOCH/B. MÖCKEL, Moral History, 2017; siehe auch einzelne Beiträge in D. FULDA u. a., Demokratie im Schatten der Gewalt, 2010. Zur Bürgertumsforschung vgl. M. HETTLING/S.-L. HOFFMANN, Der bürgerliche Werthimmel, 2000; konzeptionelle Parallelen werden deutlich bei M. HETTLING, Bürgerlichkeit, 2005; H. KNOCH, »Mündige Bürger«, 2007.

⁶² A. SCHILDT/A. SYWOTTEK, Modernisierung im Wiederaufbau, 1993; A. SCHILDT u. a., Dynamische Zeiten, 2003; grundlegend zu diesem Zusammenhang DERS., Materieller Wohlstand, 2003.

⁶³ K. H. JARAUSCH, Umkehr, 2004, S. 164, 168 f.; vgl. auch K. MAASE, Establishing Cultural Democracy, 2001; D. SIEGFRIED, Vom Teenager zur Pop-Revolution, 2003; DERS., Time is on my Side, 2006.

⁶⁴ So die Definition von »Modernisierung« bei A. SCHILDT, Annäherungen, 2011, S. 20 f.

⁶⁵ Axel Schildt spricht von »Gleichzeitigkeit«, vgl. ebd., S. 28. Kausalität vermag, mit Blick auf die bayerische Landpolizei, J. R. CANOY, Police State, 2007, aufzuzeigen. Vgl. die weiterführenden Überlegungen bei S. GOCH, Aufstieg der Konsumgesellschaft, 2003. Aktuell versucht sich die historische Forschung an neuen Arbeitsdefinitionen, die in Anlehnung an Niklas Luhmann und in Abkehr von modernisierungstheoretischen Prämissen auf die Durchsetzung *funktionaler*

Aussöhnung mit Interessenpluralismus und eine gesteigerte politische Konfliktbereitschaft nach sich? Hatte eine höhere Meinung vom Bundestag und von parlamentarischen Verfahren, wer seine Kinder nicht schlug, Minirock trug oder Coca Cola trank? Ließ man sich offener auf Diskussionen mit politisch Andersdenkenden ein, weil man die Rolling Stones hörte und die Legalisierung der Abtreibung befürwortete?

Italienische Historiker würden hierauf häufiger mit ›Nein‹ als mit ›Ja‹ antworten, und in der Tat kann der Vergleich mit Italien aufzeigen, wie spezifisch westdeutsch die Erzählungen über das Wie und Warum der »Demokratisierung« sind.⁶⁶ Denn die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse der 1950er und 1960er Jahre erfassten auch die italienische Gesellschaft und das Konzept der kulturellen Verwestlichung lässt sich auch auf Italien anwenden. Die Amerikanisierung der Massenkultur war im ›Land des Spektakels‹ womöglich noch intensiver als in der Bundesrepublik, und Liberalisierung (in Italien häufig »Säkularisierung«) lässt sich auch in der italienischen Gesellschaft und Gesetzgebung entdecken.⁶⁷ Doch bezeichnenderweise gelten viele Phänomene, die diesen Prozessen zuzuordnen sind, unter italienischen Historikern eher als Wurzeln der politischen Krise denn als Zeichen der Überwindung autoritativer Denkmuster. Jugendkulturen und Massenkonsum (darunter auch der Medienkonsum), Pluralisierung und Individualisierung, Referenden über Abtreibung oder Scheidung und nicht zuletzt die partizipativen Aufbrüche seit Ende der 1960er Jahre werden südlich der Alpen als Herausforderungen des politischen Systems diskutiert, nicht als Zeichen einer zunehmenden Ähnlichkeit mit westlichen Nachbarn und einer wachsenden Akzeptanz der kapitalistischen Demokratie.⁶⁸

Die Ursache dieser unterschiedlichen Deutungen ähnlicher gesellschaftlicher Wandlungsprozesse liegt darin, dass keine transnationale Einigkeit darüber besteht, was analytisch unter ›Demokratisierung‹ zu fassen ist. Für Westdeutschland heben Historiker damit auf ein liberales Wertesystem ab, das verinnerlicht werden musste, oder auf eine *Lebensform*, die auf gewissen sozialen und kulturellen Praktiken beruhte.⁶⁹ In Italien hingegen gilt ›Demokratisierung‹ eher als

Differenzierung als dominantes gesellschaftliches Strukturmuster abheben, wenn sie von »Modernisierung« sprechen, vgl. B. ZIEMANN, Gesellschaftswandel und Modernisierung, 2017, S. 8.

⁶⁶ Vgl. eingehender C. C. GATZKA, »Demokratisierung«, 2016.

⁶⁷ Zur Verwestlichung vgl. S. CAVAZZA, L'occidente, 2006; DERS., Rinascita dell'occidente, 2006; grundlegend zur Kommerzialisierung des italienischen Kultur- und Medienbetriebs vgl. D. FORGACS, Italian Culture, 1990; zu Amerikanisierung und Massenkultur vgl. DERS./S. GUNDLE, Mass Culture, 2007; S. GUNDLE, L'americanizzazione, 1986; DERS., Cultura di massa, 1991; P. SCRIVANO, Signs of Americanization, 2005. Zur »Liberalisierung«, zur »Individualisierung« und zur Kritik an autoritativen Werten vgl. S. BELLASSAI, L'autunno del patriarca, 2012; H. WOLLER, Geschichte Italiens, 2010, S. 261 f., 302, 322, 334, sowie die einschlägigen Beiträge in T. GROSSBÖLTING u. a., Jenseits der Moderne?, 2014.

⁶⁸ Vgl. S. NERI SERNERI, Contesti e strategie, 2012, S. 12–14; G. MARRAMAO, Politica e società secolarizzata, 2003; P. CAPUZZO, Genere, 2003. Eingehender siehe Kap. IV.1 u. Kap. V.3.

⁶⁹ D. FULDA u. a., Zur Einführung, 2010, S. 12 f.

Implementierung einer *Struktur*, die Parteien, Gewerkschaften und Verfassung bereitstellten, und als solche wird sie lediglich für die 1940er und 1950er Jahre untersucht.⁷⁰ Man kann in diesen unterschiedlichen Konzeptualisierungen die fortwirkende Deutungsmacht jener Akteure erblicken, die den Übergang von der Diktatur in die Demokratie administrierten. In Italien waren das die antifaschistischen Parteien, die der neuen Verfassung ihren Stempel aufdrückten, während der Einfluss alliierter Besatzer hier begrenzt blieb.⁷¹ In Deutschland indes hat das alliierte Programm der »democratization«, das Demokratie an gewisse Werte und soziale Verhaltensweisen band, offenbar Spuren im historiographischen Denken hinterlassen.⁷² Auch der Ansatz, von der »Alltagspolitik«, also etwa dem Fortleben des Rassismus oder dem Kinokonsum, auf den demokratischen Wandel der westdeutschen Gesellschaft zu schließen, ging in den 1990er Jahren bezeichnenderweise von US-amerikanischen Historikerinnen und Historikern aus.⁷³ Eine Aufgabe der vorliegenden Studie ist es deshalb, einen Analyserahmen zu entwickeln, der sich von den Blickweisen und Kategorien jener emanzipiert, die sich als die demokratischen Erzieher Italiens und Westdeutschlands verstanden – und der Vergleichbarkeit herstellt.

Wähler und Parteien. Die Nachkriegsdemokratie als historische Konfiguration

Das vorliegende Buch ist keines über die ›Ankunft‹ der Westdeutschen und Italiener in ›der‹ Demokratie. Es verortet sich vielmehr auf dem Feld einer neueren Demokratiegeschichte, die sich von den ideologischen Schemata und normativen Formatierungen des Kalten Krieges abwenden möchte. Sie fragt nicht mehr teleologisch nach dem Werden ›der‹ Demokratie oder den Ursachen ihres ›Scheiterns‹, sondern versteht sich als eine Problemgeschichte politischer Legitimität in der Moderne.⁷⁴ Die Demokratie war dabei ein Konzept unter anderen und wies diverse Konjunkturen, Bedeutungen und Erscheinungsformen auf, mit dem Parlamentarismus als mehr oder weniger geschätztem Prinzip gegenüber

⁷⁰ A. BARBERA u. a., *L'apprendimento*, 1999; M. SALVATI, *Fondazione*, 1999; L. BALDISSARA, *Democrazia e conflitto*, 2006.

⁷¹ Vgl. A. BUCHANAN, *Representations*, 2008.

⁷² Zur US-amerikanischen Demokratieerziehung vgl. H.-J. RUPIEPER, *Peacemaking with Germany*, 2005. Die erzieherische Dimension in der »transkulturellen« Vermittlung demokratischer Werte wird erst seit Kurzem von der westdeutschen Forschung systematisch untersucht. Sie beginnt damit, die Stilisierungen und Zuschreibungen freizulegen, die mit den westlichen Konzepten vom »Autoritarismus« der Westdeutschen oder der Diskussion als »demokratischer« Kulturtechnik einhergingen. Vgl. S. LEVSEN, *Autorität und Demokratie*, 2016; N. VERHEYEN, *Eifrige Diskutanten*, 2010; DIES., *Diskussionslust*, 2010.

⁷³ R. G. MOELLER, *Introduction*, 1997, S. 2. Für eine Zusammenschau der zugrundeliegenden Studien US-amerikanischer Historiker siehe DERS., *West Germany, 1997*; H. SCHISSLER, *Miracle Years*, 2001.

⁷⁴ Anregend dazu: M. CONWAY/P. ROMIJN, *The War for Legitimacy*, 2008.

direkteren Formen der Teilhabe.⁷⁵ Überdies hatte sie widerstreitende Verfechter, die jeweils für sich reklamierten, die ›wahrhaftige‹ Demokratie zu verkörpern oder im Namen der Demokratie zu sprechen, und das Konzept als argumentative Waffe nutzten, um damit spezifische Interessen zu verfolgen.⁷⁶

Deshalb geht es im Folgenden nicht darum, Demokratie als eine Norm zu begreifen und dann zu messen, wie weit Westdeutsche und Italiener beispielsweise um 1960 noch davon entfernt waren.⁷⁷ Vielmehr ist die Nachkriegsdemokratie als eine spezifische historische Konfiguration zu verstehen, die auf bestimmten politischen Legitimitätsvorstellungen basierte. Diese beeinflussten das Selbstverständnis und das Handeln des Demos wie das seiner politischen Vertreter und der demokratischen Regierungen, und sie kamen in der politischen Kommunikation zum Ausdruck und wurden dort zur Disposition gestellt.⁷⁸ Es geht also darum, die Nachkriegsdekaden als eine Phase zu begreifen, da ›Demokratie‹ auf eine gewisse Weise gedacht und gemacht wurde, und der ein bestimmtes Verständnis von politischer Repräsentation und Partizipation zugrunde lag.

Über die grundlegenden Strukturmerkmale der westeuropäischen Nachkriegsdemokratie in den *Trente glorieuses* ist sich die historische Forschung inzwischen weitgehend einig. Sie war eine kapitalistische Demokratie unter pädagogischer und ökonomischer Führung der USA und verstand sich als freiheitlicher Gegenentwurf zum Ostblock: Sie erhob sich selbst zum Ideal. Sie zog Lehren aus der Vergangenheit, insbesondere der Zeit seit dem Ersten Weltkrieg, indem sie auf utopische Überhänge, pathetische Formeln und verheißungsvolle Phrasen verzichtete: Sie war eine nüchterne Demokratie. Sie stellte sich in den Dienst der Menschenwürde und essentieller Freiheiten des Individuums und war dahingehend eine vom Diskurs der Menschenrechte und von der Totalitarismustheorie inspirierte Denkformation. Wesentlich aber war vor allem, dass Partizipation nicht (mehr) ihr zentrales Anliegen darstellte. Sie konzentrierte Politik bei Staat und Parlament und war damit repräsentativ-parlamentarische

⁷⁵ Vgl. umfassend P. NOLTE, Was ist Demokratie?, 2012.

⁷⁶ Vgl. P. NOLTE, Jenseits des Westens?, 2013, S. 277–281; T. B. MÜLLER/A. TOOZE, Normalität und Fragilität, 2015; P. CORDUWENER, The Problem of Democracy, 2017; H. RICHTER, Moderne Wahlen, 2017; S. MENDE, »Alternative«, 2009; S. FORNER, Reconsidering the ›Unpolitical German‹, 2014; M. RIDOLFI, Italia a colori, 2015. Für Studien zur parlamentarischen Demokratie vgl. J. LAWRENCE, Electing our masters, 2009; T. MERGEL, Propaganda, 2010; DERS., Parlamentarische Kultur, 2002; M. L. ANDERSON, Lehrjahre, 2009; H. KAAL, The voice of the people, 2018; DERS., Popular Politicians, 2018.

⁷⁷ Das taten Soziologen und Politikwissenschaftler im Kalten Krieg, siehe G. A. ALMOND/S. VERBA, Civic Culture, 1963; ähnlich mit Blick auf die *civic traditions* in Italien: R. D. PUTNAM, Making Democracy Work, 1993. Zu historiographischen und sozialwissenschaftlichen Blicken von außen auf die Republik Italien vgl. auch die Beiträge in S. WOOLF, L'Italia repubblicana, 2007.

⁷⁸ Zu den Forschungsdesiderata auf diesem Feld vgl. M. CONWAY/P. ROMIJN, Political Legitimacy, 2008, S. 5 f. Der hier benutzte Legitimitätsbegriff meint ein ›informal set of values that existed within Europe's different political cultures and which acted on rulers and ruled alike‹, siehe ebd., S. 2 f.

Demokratie in Reinform. Bürgerinnen und Bürger betrachtete sie in erster Linie als Wähler, die sich auf pluralistischer Grundlage für eine gewisse Zeit ihre Vertreter aussuchten.⁷⁹ Politisches Handeln oblag in erster Linie den Regierungen und charakterisierte sich durch Sachorientierung, Modernisierungsoptimismus und die Beratung durch Experten aus Ökonomie und Sozialwissenschaften. Ihr primäres Ziel war das Lenken und Steuern gesellschaftlichen Fortschritts und das Verwalten und soziale Umverteilen des neu errungenen Wohlstands in der Wachstumsära. Legitimität erwarben sich Regierungen und Parlamente dadurch, dass sie durch Wohlfahrtsstaatlichkeit möglichst alle Wählergruppen belohnten und so auf die Einhegung sozialer und politischer Konflikte setzten.⁸⁰ Martin Conway hat die westeuropäische Uniformität dieses parlamentarischen, partizipationsarmen, konsensorientierten und von Christdemokraten dominierten *postwar model of democracy* hervorgehoben, das als solches bis an die Wende zu den 1970er Jahren über große Legitimität verfügte. Als Protestbewegungen und sozioökonomische Krisenerscheinungen seine basalen Prinzipien aushebelten, sei es an sein Ende gekommen.⁸¹

In diesem Entwurf der westeuropäischen Nachkriegsdemokratie erscheinen die Bürger (*citoyens*) in einem passiven Verhältnis zu politischer Partizipation und *citizenship*. Angesichts der erfahrenen staatlichen Übergriffe in Krieg und Diktaturen hätten sie sich guten Gewissens auf die persönliche Freiheit besonnen, um sich in private Gefilde zurückzuziehen und ihren eigenen Geschäften nachzugehen.⁸² In diesem Sinne hat Konrad Jarausch stellvertretend für viele andere Historiker die junge westdeutsche Demokratie als ein »parlamentarisches Gehäuse« charakterisiert, »in dem sich die apolitische Mehrheit häuslich einrichten konnte.«⁸³ Als Quellen dienen dieser These zumeist US-amerikanische Beobachtungen und Meinungsumfragen der Militärregierungen und, für die spätere Zeit und für ganz Westeuropa, die Selbstentwürfe der politischen und sozialen Protestbewegungen. Daneben gelten für Westdeutschland die politischen Konzeptionen Willy Brandts als beliebte Belege für die Diagnose einer neuen, aktiven politischen Bürgerlichkeit im Zeichen demokratischer

⁷⁹ Die Reduzierung der Demokratie auf die Wahl von Vertretern auf Zeit geht wesentlich auf die pragmatische Definition des österreichisch-amerikanischen Ökonomen Joseph Schumpeter zurück, vgl. P. NOLTE, Was ist Demokratie?, 2012, S. 287 f.

⁸⁰ Vgl. ebd., S. 284–291; G. ELEY, Corporatism, 2012; N. CRAFTS/G. TONIOLO, *Les trente glorieuses*, 2012. Die historische Forschung hat sich gerade für die Bundesrepublik den Konzeptionen und Funktionsweisen des Regierungshandelns unter zunehmendem Einfluss von Expertenwissen gewidmet: G. METZLER, Konzeptionen politischen Handelns, 2005; A. NÜTZENADEL, Stunde der Ökonomen, 2005; S. FISCH/W. RUDLOFF, Experten und Politik, 2004; P. POMBENI, L'eredità, 2003.

⁸¹ M. CONWAY, Democracy, 2002, S. 59, 66 f.; DERS., Rise and Fall, 2004.

⁸² M. MAZOWER, Dark Continent, 1999, S. XI.

⁸³ K. H. JARAUSCH, Umkehr, 2004, S. 182. Siehe auch: D. VAN LAAK, Zivilisierung, 1999; A. SCHILDT, Ankunft, 1999, S. 92–94; U. HERBERT, Liberalisierung, 2002, S. 38.

Partizipation seit Mitte der 1960er Jahre.⁸⁴ Dass damit das Urteil derer, die mit spezifischen politischen und pädagogischen Interessen auf die Mehrheitsgesellschaft blickten, als Abbild historischer Realität gilt, ist höchst problematisch. Die Idee der Briten und Amerikaner, dass die Deutschen politisch »unreif« seien, war schon im Krieg gewachsen und wirkte sich freilich auf die gegenseitigen Beobachtungen während der Besatzungszeit aus, zu denen auch die Meinungsumfragen gehörten.⁸⁵ Die Vertreter des außenparlamentarischen Protests wiederum bedurften der Suggestion einer vermeintlich unpolitischen Mehrheitsgesellschaft, um auf dieser Folie ihr Selbstverständnis als neue Avantgarde politischer Partizipation entwickeln zu können. Es ist an der Zeit, eine Perspektive auf politische Teilhabe in der parlamentarischen Demokratie zu entwickeln, die sich der normativen Implikationen zeitgenössischer Partizipationsdiskurse bewusst ist und diese nicht in ihrem analytischen Verständnis reproduziert.

Neueste Studien haben nämlich gezeigt, dass die Westeuropäer, darunter auch die Westdeutschen, nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs unisono in »Passivität« versanken. Vor allem Jugendliche, Frauen, katholische Laien sowie Aktivistinnen und Aktivisten internationaler Organisationen hielten am Ideal des Aktiv-Seins fest und verbanden ihr zivilgesellschaftliches Engagement in Verbänden, Laienorganisationen, Gewerkschaften oder auch Parteien durchaus mit der Vorstellung demokratischer Bürgerlichkeit.⁸⁶ Überdies haben Historiker jüngst auch die Universalität, die konsensuale Stimmung und die scheinbar unangefochtene Hegemonie des westlich-liberalen Politikentwurfs im Nachkriegseuropa hinterfragt. Nicht nur unter den westeuropäischen Kommunisten, sondern auch in konservativen, linksliberalen, sozialistischen oder offen populistischen Kreisen innerhalb wie außerhalb von Parteien zirkulierten alternative Vorstellungen von Partizipation und Demokratie, die sich mitunter auch am Osten orientierten oder das eigene Verhältnis zum Westen problematisierten.⁸⁷

⁸⁴ M. CONWAY, *Democracy*, 2002, S. 79; H. KNOCH, *Einleitung*, 2007, insb. S. 19; G. METZLER, *Weg*, 2007.

⁸⁵ Zitat bei K. H. JARAUSCH, *Umkehr*, 2004, S. 174. Zur Stützung auf US-amerikanische Quellen siehe etwa H. WOLLER, *Gesellschaft und Politik*, 1986, S. 166, 201 f.; H.-J. SCHRÖDER, *Anfangsjahre*, 1989; H. BRAUN, *Ausgangslage*, 1979. Zur Quellenkritik an Umfragen und Beobachtungen amerikanischer Besatzer und anderer Zeitgenossen, die auf Deutschland blickten, vgl. P. NOLTE, *Ordnung*, 2000, S. 218; S.-L. HOFFMANN, *Kriegsende*, 2010. Zur Vorbereitung britischer Besatzungssoldaten mit stereotypen Zuschreibungen auf die Deutschen siehe: *Leitfaden für britische Soldaten*, 2014.

⁸⁶ Vgl. C. G. KRÜGER, *Weibliche Dienstbarkeit*, 2016, S. 182–184; DIES., *Dienstethos*, 2016; K. GROSSE KRACHT, *Katholische Welle*, 2011; B. v. MIQUEL, *Aufbruch in die Demokratie*, 2009; W. POJMANN, *Italian Women*, 2013; M. TAMBOR, *The lost wave*, 2014; A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, sowie bereits F. BOLL, *Suche*, 1995; P. ZAPPATERA, *Autobiografie*, 1997. Siehe auch Kap. I.3.

⁸⁷ Vgl. C. BAILEY, *Continuities*, 2010; S. FORNER, *Demokratische Erneuerung*, 2007; M. STEBER, *The West*, 2015; P. CORDUWENER, *The Problem of Democracy*, 2017; DERS., *Democracy*, 2015; zu Kommunisten vgl. T. KROLL, *Kommunistische Intellektuelle*, 2007.

An diesen neuen Forschungen ansetzend, widmet sich das vorliegende Buch der konkreten Praxis, der lokalen Gestalt des *postwar model of democracy* und hinterfragt die grundlegenden Merkmale, die ihm zugeschrieben worden sind. Es fragt nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden, nach den inneren politischen Konflikten in dieser Konfiguration von Demokratie, und es legt ein Partizipationsverständnis zugrunde, das nicht an den Maßstäben eines späteren »partizipatorischen« Zeitalters orientiert ist. Dazu nimmt es das Grundprinzip politischer Teilhabe ernst, auf das sich das *postwar model* als eine parlamentarische Demokratie festlegte: das Wählen. Es mochte Ende der 1960er Jahre vielen, auch den Wählern selbst, als »passives« Beteiligungsverhalten erscheinen, aber für das Gros der Zeitgenossen war es die basale und verantwortungsvollste Aufgabe, die sie in der Demokratie zu erfüllen hatten.⁸⁸ Das Buch entwirft ein Panorama des *Wahlbürgers* als des Protagonisten der »bescheidenen« Spielart von Demokratie (Paul Nolte), die die Nachkriegsdekaden kennzeichnet: Sie war eine Demokratie der Wähler.

Parlamentswahlen können vor diesem Hintergrund als Höhepunkte politischer Partizipation gelten, und die Wahlbürger waren sich bewusst, dass sie mit ihrer Teilnahme das politische System anerkannten und sich als gute Schüler westlich-liberaler Demokratieerziehung erwiesen. Wer nicht wählen ging oder seine Wahlstimme ungültig machte, verweigerte auch seine Legitimitätsbekundung – in Italien ein Problem, das die politischen Eliten umtrieb.⁸⁹ Wahlkämpfe waren vor diesem Hintergrund »große Gelegenheiten der Demokratie« (Thomas Mergel): eine Kontaktaufnahme und ein regelmäßiges Beziehungsgespräch zwischen dem Demos und seinen politischen Vertretern über ihr Verständnis von Politik, Repräsentation, einer guten Gesellschaftsordnung und demokratischer Spielregeln.⁹⁰ Das Buch versteht politische Kommunikation im Vorfeld von Parlamentswahlen zudem als Legitimitätsbarometer des *postwar model of democracy*. Nicht der objektive Erfolg der beiden Republiken, aber die Nähe oder Distanz zwischen dem demokratischen Souverän und seinen politischen Vertretern, das Maß an Partizipation der Wahlbürger in einer Demokratie der Wähler, spiegelte sich in der Wahlkampfkommunikation.

Dabei positionierten sich Wahlbürger nicht nur zum parlamentarischen System, sondern immer auch zu politischen Parteien. In einer Parteiendemokratie zu leben, war grundlegend für das Politik- und Demokratieverständnis,

⁸⁸ Vgl. C. C. GATZKA, *Auftritt*, 2013; C. v. HODENBERG, *Das andere Achtundsechzig*, 2018, S. 95.

⁸⁹ Vgl. J. LaPALOMBARA, *Die Italiener*, 1988, S. 134. Zum zeitgenössischen Bewusstsein darum, Objekt demokratischer Erziehung zu sein, vgl. R. LAMMERSDORF, *Amerikanische Sorgen*, 2005; P. REICHEL/S. SCHMID, *Katastrophe*, 2005, S. 23.

⁹⁰ Siehe etwa: T. ESCHENBURG, *Wahlkampfentartung und Staatspolitik*, 1960, S. 16, 24. Vgl. T. MERGEL, *Wahlkampfgeschichte*, 2005; DERS., *Propaganda nach Hitler*, 2010, S. 13–16; P. MANCINI/D. L. SWANSON, *Politics*, 1996, S. 1 f. Zu italienischen Wahlkämpfen vgl. P. L. BALLINI/M. RIDOLFI, *Storia delle campagne elettorali*, 2002; M. RIDOLFI, *Propaganda*, 2004. Als Programm-Wahlkämpfe, wie sie bei M.-L. RECKER, *Wahlen*, 1997, und bei E. GELSOMINI, *Le campagne elettorali*, 2009, untersucht werden, stehen sie in dieser Studie weniger im Fokus.

das sich in Italien und Westdeutschland entwickelte.⁹¹ In der Bundesrepublik verbriefte Art. 21 des Grundgesetzes den Parteien die Funktion als zentrale Partizipationskanäle des Souveräns, und auch in Italien sollten sie über ihre territorialen Organisationen das Parlament mit der gesellschaftlichen Basis verbinden. Die Intellektuellen und Politiker, die in der frühen Bundesrepublik und im Umfeld des Parlamentarischen Rats über alternative Formen zur westlich-liberalen Demokratie nachdachten, stießen sich nicht ohne Grund vor allem an der Macht der Parteien, die sie aus der Weimarer Republik noch in schmerzlicher Erinnerung hatten.⁹² Wenn die Studie von der repräsentativen Demokratie als einer *Parteiendemokratie* spricht, rekurriert sie auf diese beanspruchte und immer wieder kritisierte, verfassungsmäßige Hegemonie der politischen Parteien im politischen Willensbildungsprozess der beiden Nachkriegsrepubliken. Sie behandelt die Parteien als Agenten der Politik im Alltag und versteht sich so auch als ein Beitrag zur historischen Erforschung von Parteien und Öffentlichkeit, die allzu häufig isoliert voneinander betrachtet werden.⁹³

Der Blick auf die Beziehungen zwischen Parteien und Wählern erlaubt, die Geschichte des *postwar model of democracy* nicht nur als Geschichte der Konsensherstellung durch Regierungshandeln, sondern auch als Problemgeschichte eines politischen Herrschaftsverhältnisses zu untersuchen. Der Bundestag konnte in den 1950er Jahren nicht nur als Volksvertreterversammlung, sondern ebenso als ein Ort der Parteienherrschaft und der ominösen Machenschaften gelten, und in solchen Wahrnehmungen und Imaginationen sind Momente politischer Elitenkritik zu erblicken, die schon vor den außerparlamentarischen Protestbewegungen und auch außerhalb von ihnen anzutreffen waren. Noch 1968 bezeichneten kritische Wahlbürger den Bundestag als »Obrigkeit«.⁹⁴ Umgekehrt konnten Parteivertreter als selbsterklärte Avantgarden der Politik dem Wahlvolk alles andere als zugeneigt sein, unabhängig davon, was sozialwissenschaftliche Experten ihnen über die Wählerschaft verrieten.⁹⁵ Das Buch untersucht die (wechselseitigen) Selbst- und Fremdbilder von Wahlvolk und Parteivertretern und fragt nach den Mechanismen, die ihr Verhältnis mal enger, mal distanzierter erscheinen ließen. Ob sich der Demos von Parteien und Parteipolitikern gut vertreten sah, stellt eine seiner leitenden Fragen dar.

Was das Prisma der Parteiendemokratie außerdem sichtbar macht, ist die innergesellschaftliche Konflikthaftigkeit, die in den faschistischen Regimen

⁹¹ Vgl. C. S. MAIER, *Italien und Deutschland*, 2006, S. 37; M. S. PIRETTI, *Elezioni*, 1995, S. 379; P. SCOPPOLA, *Repubblica dei partiti*, 1997.

⁹² Vgl. S. FORNER, »Sprachrohr«, 2005; S. ULLRICH, *Weimar-Komplex*, 2009, insb. S. 82 f., 240–255, 299–306; D. GEPPERT, *Staatsskepsis*, 2008.

⁹³ Vgl. die methodischen Hinweise bei A. KRÜKE, *Demoskopie*, 2012, S. 15 f., 168 f.

⁹⁴ Norbert Semrad, *Strafvollzugsanstalt Berlin*, an Dietrich Rollmann, 5.11.1968. ACDP 03–010-065/1. Zu Antiparlamentarismus und den negativen Bildern des Bundestags vgl. B. WINTGENS, *Turn Your Radio on*, 2014; A. SCHULZ, *Politische Parallelwelten*, 2018.

⁹⁵ Vgl. dazu umfassend: A. KRÜKE, *Demoskopie*, 2012.

camouffiert worden war und auch im konsensliberalen Ordnungsmodell des Westens eingeeht werden sollte. Regierungen mochten konsensorientiert handeln, Wähler mussten dennoch zwischen *verschiedenen* Parteien wählen, die sich in der Atmosphäre des Kalten Krieges scharf voneinander abgrenzten. Für Italien ist die bipolare Konfliktdimension zwischen Links und Rechts (wobei ›Rechts‹ hier im weiten Sinne verstanden wird und auch weite Teile der Christdemokraten umfasst) in der Forschung überbetont worden, für die Bundesrepublik eher unterbelichtet geblieben. Doch das innergesellschaftliche Konfliktgefüge war komplexer und umfasste auch soziale, generationelle und geschlechtsspezifische Konflikte um die Repräsentation im Staat und den Zugang zu den volkswirtschaftlichen Ressourcen.⁹⁶ Wenn der Aufstieg des Nationalsozialismus (und in gewisser Hinsicht auch jener des italienischen Faschismus) in erster Linie als Reflex gegen den gesellschaftlichen und politischen Interessenpluralismus zu interpretieren ist⁹⁷, dann avanciert die Frage, wie Deutsche und Italiener nach 1945 mit der Rückkehr des Pluralismus umgingen, zu einer Kardinalfrage der Demokratiegeschichte nach 1945. Von politischen Konzeptionen gesellschaftlicher Funktionseliten, führender Politiker und Intellektueller kann dabei nicht umstandslos auf den Umgang mit Pluralismus *im Alltag* der Nachkriegsgesellschaften geschlossen werden – aus dem Umgang von Wahlbürgern mit dem Konkurrenzkampf widerstreitender politischer Parteien schon eher.⁹⁸

Die Konzeptualisierung des *postwar model* als einer Parteiendemokratie erschließt auch einen neuen Blick auf die außerparlamentarischen Bewegungen und Partizipationsvorstellungen, die sich seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ausbreiteten. Versteht man die Wahlbürger vor ›1968‹ nicht als verschlafene Wesen, sondern als Akteure, die sich in einem Gefüge partizipativer Ermöglichungsstrukturen bewegten, die von politischen Parteien und Gewerkschaften dominiert waren, so sind die außerparlamentarischen Akteure zunächst einmal als Wahlbürger zu verstehen, die sich *gegen* die Aktivität in einer politischen Partei entschieden. Ihr Auftritt war in den Strukturen des *postwar model of democracy* immer auch eine Kommunikation mit Ortsvereinen und Ortsverbänden, Parteizellen und Parteisektionen (so die kleinsten territorialen Einheiten der italienischen Parteiendemokratie), Delegiertenversammlungen und Parteikongressen, die dem Partizipationsverständnis der Protestakteure offenbar nicht entsprachen.⁹⁹ Die historische Forschung hat inzwischen viel Wissen über das »Modell des partizipierenden Menschen«¹⁰⁰ angehäuft, das sich mit der

⁹⁶ Solche Konflikte werden in Studien offenkundig, die in ihrer Heuristik die ›einfachen Leute‹ zu erfassen suchen: M. FENSKE, *Demokratie erschreiben*, 2013; K. WEINHAUER, *Konflikte*, 1998; den Geschlechterkonflikt betont C. v. HODENBERG, *Das andere Achtundsechzig*, 2018, Kap. 5.

⁹⁷ So U. HERBERT, *Geschichte Deutschlands*, 2014, S. 316 f.

⁹⁸ Zum Umgang mit Pluralismus mit Blick auf gesellschaftliche Eliten siehe J. ANGSTER, *Konsenskapitalismus*, 2003; A. DOERING-MANTEUFFEL, *Westernisierung*, 2003; DERS., *Zeitbögen*, 2014.

⁹⁹ Vgl. H. NEHRING, *Die eigensinnigen Bürger*, 2007.

¹⁰⁰ H. KNOCH, »Mündige Bürger«, 2007, S. 37.

Woge politischen Protests ausbreitete, doch wenig darüber, welches Partizipationsmodell nebenher in den Parteien fortlebte oder aber durch den außerparlamentarischen Druck selbst transformiert wurde.¹⁰¹ So steht auch die Erklärung für die scheinbar paradoxe Entwicklung noch aus, dass die Parteiendemokratie ihre größten Rekrutierungserfolge unter Wahlbürgern gerade dann feierte, als das *postwar model* mutmaßlich zu Ende ging: um 1970. Die Verflechtungen von Protestzeitalter und etablierter Parteiendemokratie zu untersuchen und den Einfluss der außerparlamentarischen Akteure auf die Legitimität der parlamentarischen Demokratie zu analysieren, nimmt sich das Buch vor.¹⁰²

Politische Kommunikation als lokale Praxis – die Stadt als Handlungsraum

Politische Kommunikation meint im Folgenden alle Kommunikation, die das Verhältnis zwischen Wahlvolk und Parteiendemokratie betraf. Sie konnte das parlamentarische System, die Legitimität der politischen Repräsentanten, ihre Umgangsformen oder ihre Selbstdarstellung im lokalen Alltag zum Gegenstand haben. Sie war Kommunikation zwischen Wählern und Gewählten, aber auch zwischen den verschiedenen Agenten der Parteiendemokratie und Massenmedien, die sich als Sprecher des Souveräns verstanden. Dieses analytische Verständnis bindet politische Kommunikation nicht an gewisse Räume oder Akteure und folgt darin der Neuen Politikgeschichte.¹⁰³ Es beschränkt sich jedoch auf Kommunikationsakte, die um die etablierte, institutionelle Politik kreisten, und ist in dieser Hinsicht einer Kulturgeschichte der ›harten‹ Politik verpflichtet.¹⁰⁴ Nichtsdestotrotz geht die Studie den unterschiedlichen Politikvorstellungen der Zeitgenossen nach und operiert so mit einem analytisch offenen Politikbegriff, der für die zeitgenössischen Semantiken sensibel ist.

Als eine Kulturgeschichte der Politik behandelt das Buch Sujets, die zu den klassischen Gegenständen der Politikwissenschaften gehören. Dazu zählt das Wählen selbst, aber auch die politische Kommunikation. Sein grundlegendes Anliegen ist es, die Paradigmata, Modelle und Kategorien der Politischen Soziologie und der Politischen Kommunikationswissenschaft nicht kritiklos zu übernehmen, sondern als (zeitgebundene) Beobachtungen zu verstehen, als idealtypische Annäherungen an die historische Realität, die im Zuge der Verwissenschaftlichung des Sozialen (Lutz Raphael) großen Einfluss genommen haben und mit kulturgeschichtlichen Methoden dekonstruiert oder überprüft werden können.¹⁰⁵ Deshalb arbeitet die Studie nicht mit analytischen Katego-

¹⁰¹ Siehe als Ausnahme J. HANSEN, Abschied, 2016.

¹⁰² Vgl. M. GIUGNI/L. BOSI, Impact, 2012; C. C. GATZKA, Blüte der Parteiendemokratie, 2018.

¹⁰³ Vgl. U. FREVERT, Neue Politikgeschichte, 2005, S. 12–14; L. SCHORN-SCHÜTTE, Politische Kommunikation, 2009, S. 11; C. ANTENHOFER, Einleitung, 2010, S. 233.

¹⁰⁴ Vgl. T. MERGEL, Kulturgeschichte der Politik, 2002; B. STOLLBERG-Rilinger, Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, 2005. Für eine Umsetzung für Italien vgl. M. RIDOLFI, Italia a colori, 2015.

¹⁰⁵ Zu einer Grundsatzkritik an der politikwissenschaftlichen Wahlforschung vgl. H. RICHTER/H. BUCHSTEIN, Einleitung, 2017, S. 3 f. Für politikwissenschaftliche Untersuchungen auf dem hier in-

rien wie den sozial-moralischen Milieus, mit politikwissenschaftlichen Phasenmodellen oder Thesen wie dem »Wertewandel« und der »Individualisierung«. ¹⁰⁶ Stattdessen nutzt sie allgemeinere soziologische Kategorien und diskutiert politologische Paradigmata des 20. Jahrhunderts dort, wo sie einflussreich geworden sind und sich in der politischen Kommunikation zeigen müssten.

Das Buch interessiert sich für Kommunikation nicht nur und auch nicht so sehr im Sinne des gesprochenen oder geschriebenen Wortes, sondern in einem praxeologischen Sinne. Es versteht die politische Kommunikationspraxis als soziales, also relationales Handeln, das in gewisser Regelmäßigkeit stattfand und dadurch Handlungsmuster hervorbrachte, mit denen sich Akteure in einer gewissen sozialen, hier auch politischen, Rolle gebärdeten. ¹⁰⁷ Konkret bedeutet das, nach den regelmäßig beobachtbaren Handlungen zu fragen, mit denen sich Wähler *als* Wähler gegenüber parteipolitischen Akteuren *als* Agenten der parlamentarischen Demokratie gebärdeten – und vice versa. Zur Praxis in diesem Sinne gehörten Sprechweisen und kognitive Deutungsmuster, aber auch körperliche Handlungen, Verhaltensstile und symbolische Interaktionen aller Art. ¹⁰⁸ Die Kommunikationspraxis formte die Diskurse um Demokratie und Politik mit, war ihrerseits aber auch durch diese Diskurse konditioniert. Deshalb nimmt die Studie Praktiken und das Sprechen über solche Praktiken in ihrer Verschränkung in den Blick. ¹⁰⁹ Unter einem Diskurs soll in dieser (nicht diskursanalytisch angelegten) Arbeit eine historische Wissensordnung verstanden sein, die festlegt, was der Gegenstand, von dem sie spricht, ist und sein soll, dabei bestimmte Bereiche ausblendet, gewisse Sprecherrollen zuweist und dadurch (politische) Machtverhältnisse festschreibt und abbildet. ¹¹⁰ In diesem Sinne wird häufig vom Wahlkampfdiskurs, vom Demokratiediskurs oder vom Politisierungsdiskurs die Rede sein.

teressierenden Feld siehe etwa G. SARTORI, *L'immagine dei partiti*, 1975; I. SOWAIDNIG, *Unterstützung der Demokratie*, 1997; A. DÖRNER/L. VOGT, *Wahl-Kämpfe*, 2002.

¹⁰⁶ Siehe auch die Einleitungen zu Kap. III und V. Zum Milieubegriff siehe R. M. LEPSIUS, *Parteiensystem*, 1966; zur Politischen Kommunikationsforschung siehe W. SCHULZ, *Politische Kommunikation*, 2011; P. MANCINI/D. L. SWANSON, *Politics*, 1996; P. NORRIS, *Virtuos Circle*, 2000; G. MAZZOLENI, *Comunicazione politica*, 2004; zur Diskussion der Wertewandelsthese Ronald Ingleharts und zum Umgang mit den Theoremen der Sozialwissenschaften vgl. B. DIETZ/C. NEUMAIER, *Vom Nutzen der Sozialwissenschaften*, 2012; R. GRAF/K. C. PRIEMEL, *Zeitgeschichte*, 2011. Zum Einfluss der Sozialwissenschaften in Italien vgl. S. CAVAZZA, *Scienze sociali e politica*, 2013; M. SALVATI, *Storia e scienze sociali*, 2013.

¹⁰⁷ Vgl. A. GIDDENS, *Politics*, 1995, S. 239 f.; T. R. SCHATZKI, *Introduction*, 2001, S. 2; E. GOFFMAN, *Interaktionsrituale*, 1971; historiographisch: A. LÜDTKE, *Herrschaft*, 1991.

¹⁰⁸ Vgl. J. COULTER, *Human practices*, 2001. Zur praxeologischen Geschichtswissenschaft vgl. S. REICHARDT, *Praxeologische Geschichtswissenschaft*, 2007, insb. S. 50, 58; DERS., *Faschistische Kampfbünde*, 2002; L. HAASIS/C. RIESKE, *Historische Praxeologie*, 2015.

¹⁰⁹ Zu dieser wechselseitigen Beeinflussung vgl. T. WELSKOPP, *Der Mensch und die Verhältnisse*, 1997.

¹¹⁰ Vgl. A. LANDWEHR, *Historische Diskursanalyse*, 2008, S. 94–97.

Das Lokale kommt im vorliegenden Buch als Ort und Bühne von Kommunikationspraktiken in den Blick. Damit richtet sich der Fokus auf Anwesenheitskommunikation, um auszuloten, inwiefern personale Strategien und informelle Praktiken, die die Interaktion unter Anwesenden kennzeichnen, für die Legitimität der parlamentarischen Demokratie als einer auf rationaler Staatlichkeit fußenden Institutionenordnung nach 1945 von Belang waren.¹¹¹ Das Lokale wird als ein spezifischer Raum der Beobachtung und Verhandlung von Politik begriffen, an dem sich die Logiken, Vorstellungen und Kategorien des zentralen Politik- und nationalen Medienbetriebs brechen konnten. In Anlehnung an den Feldbegriff Pierre Bourdieus kann man das Lokale als politisches Feld entwerfen, auf dem Akteure »von hier« und Akteure »von außen«, insbesondere »von oben«, um den Zugriff auf Staatsressourcen und um die Deutungsmacht über Demokratie und ihre Spielregeln konkurrierten.¹¹² In diesem relationalen, konkurrierenden Verhältnis zur politischen Zentrale und ihrer Ratio ist das Lokale für das vorliegende Buch von Interesse. Damit ist es sich der Traditionen des Lokalismus bewusst, die gerade für die politische Geschichte Italiens prägend waren, interessiert sich aber für ihre gezielte (Re-)Produktion im Rahmen der Parteiendemokratie, also für die Funktionen und Bedeutungen, die dem Lokalismus in der politischen Kommunikation nach 1945 zukamen, wozu auch die Erfindung lokaler Versatzstücke »politischer Kultur« zählen konnte.¹¹³ Es geht in der Studie weniger um lokale oder regionale politische »Identität«, sondern um die Frage, ob und wie das Lokale als Projektionsfeld für Vorstellungen von der Wählerschaft und von »guter« Politik diene, die sich von den Vorstellungen unterschieden, die der zentrale Politikbetrieb produzierte.

Die Stadt bringt als ein politischer Handlungsraum besondere Bedingungen mit sich, ist als solcher in der Zeitgeschichte jedoch gegenüber dem Land eher unterbelichtet geblieben.¹¹⁴ Als Arena politischer Kommunikation zeichnet die

¹¹¹ Vgl. B. ZIEMANN, *Gesellschaftswandel und Modernisierung*, 2017, S. 9; R. SCHLÖGL, *Kommunikation und Vergesellschaftung*, 2008. Zur Anwesenheitskommunikation in der Moderne vgl. die Beiträge in M. FÖLLMER, *Sehnsucht nach Nähe*, 2004.

¹¹² Vgl. P. BOURDIEU, *Praktische Vernunft*, 1998, S. 50. Zum Feldbegriff in den Geschichtswissenschaften vgl. O. BLASCHKE/L. RAPHAEL, *Im Kampf um Positionen*, 2007.

¹¹³ J. PETERSEN, *Italien in seiner Vielfalt*, 2000; U. ALLEGRETTI, *Zentralismus und Föderalismus*, 2000; C. SORBA, *Identità locali*, 1998. Zum hiesigen Ansatz vgl. J. A. AGNEW, *Place and Politics*, 2002. Zum Konzept der »politischen Kultur«, das hier nicht als analytisches Konzept Anwendung findet, sondern lediglich als zeitgenössische Erfindung in den Blick gerät, vgl. K. ROHE, *Politische Kultur*, 1990; für eine Anwendung auf die Demokratiegeschichte siehe A. BORUP, *Demokratisierungsprozesse*, 2010.

¹¹⁴ Vgl. M. FÖLLMER/M. B. SMITH, *Urban Societies* 2015; C. C. GATZKA, *Nachkriegsstadt*, 2016. Für einsetzende Forschungsanstrengungen siehe M. FÖLLMER, *Cities of Choice*, 2015; C. BERNHARDT, *Städtische öffentliche Räume*, 2016; für eine vorzügliche stadt-politikgeschichtliche Studie zur ersten Nachkriegszeit vgl. M. H. GEYER, *Verkehrte Welt*, 1998. Zum Fokus auf Provinz und Kleinstädte siehe J. BALCAR, *Politik auf dem Land*, 2004; J. v. SEGGERN, *Demokraten*, 2005; A. BORUP, *Demokratisierungsprozesse*, 2010; E. HOLTSMANN, *Politik und Nichtpolitik*, 1989; H. WOLTER, *Gesellschaft und Politik*, 1986. Für Italien ist die Forschungslage besser, siehe etwa B. MAIDA,

moderne Stadt eine Art revolutionäres Gedächtnis aus, das in ihre räumlichen Strukturen eingeschrieben ist. Seit der Französischen Revolution waren Stadträume nicht nur Orte der Herrschaft, sondern auch des sozialen und politischen Protests, die in revolutionäre Unruhen münden konnten. Ihre soziale Heterogenität, ihre räumliche Dichte und die Präsenz (massen-)medialer Beobachter machten die Stadt vor allem seit der Wende zum 20. Jahrhundert zur Bühne der Massenpolitik und damit der Verhandlung legitimer Herrschaft.¹¹⁵ Überdies ist die Stadt als Ensemble von Räumen, Körpern und Gegenständen in gewissen Anordnungen, die wiederum sozial beschrieben sind, ein prädestinierter Ort für raumbezogene Kämpfe, an denen sich politische Konfliktverhältnisse ablesen lassen.¹¹⁶ Henri Lefebvre hat seinen Raumbegriff mit Blick auf die Stadt entwickelt und physischen Raum nicht nur als sozial konstruiert, sondern vor allem als sozial *umkämpft* definiert.¹¹⁷ Dem folgt das Buch, indem es politische Kommunikation immer wieder als Kampf um urbane Räume untersucht: zwischen politischen Parteien, aber auch zwischen Stadtbewohnern und politischen Akteuren um den Grad der Politisierung urbaner Räume. Eine solche raumsensible Perspektive nimmt die historische Forschung vorrangig mit Blick auf außerparlamentarische Akteure, Alternativkulturen und kommunalpolitische Mitsprache ein, weniger jedoch mit Blick auf das Alltagsgeschäft politischer Kommunikation in der parlamentarischen Demokratie, sieht man einmal von den Forschungen zur italienischen Piazza und zum Wahlkampf von 1948 ab.¹¹⁸

Das Buch bewegt sich auf drei Untersuchungsfeldern. Erstens widmet es sich der *Repräsentationspraxis* parlamentarischer Politik und versteht Wahlkämpfe dahingehend als regelmäßige Höhepunkte politischer Repräsentation vor den Haustüren der Wählerinnen und Wähler. Vertreter der ›hohen‹ Politik kamen zu Besuch, ›einfache‹ Parteiaktivisten traten im öffentlichen Raum verstärkt in

Ricerca, 2004; A. BERNARDI u. a., *Il Pci in Emilia-Romagna*, 2004; R. J. B. BOSWORTH, *Whispering City*, 2011.

¹¹⁵ Vgl. E. HOBBSBAWM, *Städte und Aufstände*, 1969; M. GAILUS, *Revolution*, 1988; B. J. WARNEKEN, *Massenmedium Straße*, 1991; T. LINDENBERGER, *Straßenpolitik*, 1995; L. JERRAM, *Streetlife*, 2001, Kap. 1; M. REISS, *Street as Stage*, 2007.

¹¹⁶ Vgl. M. LÖW, *Raumsoziologie*, 2001, insb. S. 131, 153–155; B. BOURDIEU, *Raum*, 1991. Aus historischer Sicht ist vor allem die Imprägnierung von Räumen durch (sozial determinierte) Nutzungsmuster, Bewegungsroutinen und Bedeutungszuschreibungen zu betonen, die das Handeln der historischen Akteure konditionierten und diese wiederum zur symbolischen Besetzung spezifischer Räume einluden.

¹¹⁷ Lefebvre zielt vor allem auf Herrschafts- und Dominanzräume der kapitalistischen Ordnung, doch auch in politischer Hinsicht können Räume als sozial umkämpft und reglementiert angesehen werden, vgl. H. LEFEBVRE, *Production of Space*, 1991 [1974].

¹¹⁸ Vgl. u. a. S. SCHREGEL, *Atomkrieg*, 2011; S. HAUMANN, *Planung*, 2011; S. MILDER, *Greening Democracy*, 2017; D. SERAFINO, *Genova*, 2012, S. 374–381; S. REICHARDT, *Authentizität und Gemeinschaft*, 2014; DERS./D. SIEGFRIED, *Das Alternative Milieu*, 2010; T. BROWN/L. ANTON, *Subversive Politics*, 2011. Zu Italien siehe M. ISNENGI, *Origini*, 1993; DERS., *Der Platz*, 2003. Grundlegend vgl. E. HARVEY, *Raum und Partizipation*, 2009; A. VON SALDERN, *Kommunikation in Umbruchszeiten*, 2006.

Erscheinung, dinglich präsentierte sich die Politik in Briefkästen und an Hausmauern.¹¹⁹ Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner traten in der Rolle von Wahlbürgerinnen und Wahlbürgern auf, die auf Wahlveranstaltungen gingen (oder es unterließen), Plakate betrachteten (oder abrissen), den Wahlkampf zur Kenntnis nahmen oder ihn ostentativ ignorierten. Die politische Repräsentationspraxis war bisweilen laut und dreckig, in jedem Fall beeinträchtigte sie das lokale Alltagsleben und konnte zum Stadtgespräch werden. Diese repräsentative Qualität parlamentarischer Politik, die Teilhabe und die Reaktionen des städtischen Publikums stellten in gewisser Hinsicht das Herzstück politischer Kommunikation in den beiden jungen Republiken dar.¹²⁰

Auf einem zweiten Feld kommt die *Konfliktpraxis* in den Blick. Wie wurden konfligierende Interessen in der lokalen Wahlkampfpraxis abgebildet und verhandelt? Wie fanden Westdeutsche und Italiener zu friedlichen Spielregeln der Konfliktaustragung? Die Gewaltdrohung, die politischer Kommunikation inhärent war, und die Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung bilden einen wichtigen Erzählstrang beider postfaschistischer Demokratien und beeinflussten die Beobachtung von Politik außerordentlich. Als lokale Phänomene politischer Alltagskommunikation sind sie jedoch für die hier betrachtete Periode bislang kaum beleuchtet worden.¹²¹

Ein drittes Untersuchungsfeld befasst sich mit der *Verständigungspraxis* zwischen Wählern und parlamentarischer Politik. Welche Kommunikationsangebote und Treffpunkte, Repräsentationsvorstellungen und Loyalitätsverhältnisse führte sie zusammen oder schufen zwischen ihnen Distanzen? Welche Selbst- und Fremdbilder vom Souverän und seinen Vertretern kamen in der politischen Kommunikation zum Ausdruck? Das Buch untersucht dies sowohl in der direkten Interaktion als auch in medialer, vornehmlich brieflicher Kommunikation und fragt nach den politischen Legitimationsstrategien, die dabei zum Tragen kamen. Dabei will es erkunden, inwiefern die Konjunkturen politischer Verständigung an bestimmte Konfigurationen von Urbanität gekoppelt waren: an kognitive Stadtbilder im Angesicht von Kriegszerstörungen und Wiederaufbau, an materiellen Wandel durch moderne Stadtplanung und Massenkonsum, an die Veränderung sozialer Netzwerke durch Umzugserscheinungen und Zuwanderungswellen. Es versteht sich damit als stadtgeschichtlich informierte Geschichte der parlamentarischen Demokratie, forscht aber weniger

¹¹⁹ Ähnlich bereits A. LÜDTKE, Herrschaft, 1991.

¹²⁰ Zur repräsentativen Dimension von (demokratischer) Politik vgl. die Überlegungen bei I. BRANDT, Kundgebungsmacht, 2004, S. 172. Historische Beiträge auf diesem Feld beschränken sich jedoch auf Staatsrepräsentationen, Festkultur oder politische Symbole des Kalten Krieges, siehe etwa P. BETTS, Ästhetik und Öffentlichkeit, 2003; D. GEPPELT, »Proclaim Liberty«, 2003; T. MERGEL, Staatlichkeit, 2004; M. RIDOLFI, Le feste nazionali, 2003; G. VECCHIO, Tricolore, 1999. Ausnahmen zu Italien bilden S. BERTELLI, Teatro del potere, 2000; M. INSNEGHI, Alle origini del 18 aprile, 1999.

¹²¹ Deutlich wird das etwa bei N. BULST u. a., Gewalt im politischen Raum, 2008; D. BLOXHAM/R. GERWARTH, Political violence, 2011; H.-G. HAUPT, Gewalt und Politik, 2012, wo die Zeit zwischen 1945 und den 1970er Jahren stets eine Leerstelle bildet. Siehe auch Kap. II.

über Städte als vielmehr *in* Städten.¹²² Hin und wieder werden Seitenblicke auf ländliche Gebiete geworfen, um spezifisch urbane Phänomene in der politischen Verständigungspraxis zu verdeutlichen.

Mit dem lokalen Zugriff versucht die Studie dem methodologischen Einwand zu begegnen, der Vergleich reifiziere nationalstaatliche Einheiten, anstatt sie zu dekonstruieren.¹²³ Wenn sie dennoch häufiger ihre Beobachtungen an den nationalen Rahmen zurückbindet, so liegt das an der Art, wie Politik nach 1945 organisiert war: Parlamentswahlen waren nun einmal *nationale* Wahlen, die über nationalstaatlich formatierte Grundsatzfragen, Reformen, Konjunkturpakete und Steuergelder entscheiden sollten. Föderale und kommunale Rahmungen spielen in der Studie dann eine Rolle, wenn sie als Projektionsflächen für alternative Politikentwürfe der Zeitgenossen relevant waren – und das waren sie bezeichnenderweise im zentralstaatlich organisierten Italien stärker als in der föderal organisierten Bundesrepublik.¹²⁴ Doch die massenmediale Entwicklung, die zunehmende Mobilität, der Ausbau des Wohlfahrtsstaates und nicht zuletzt die Erinnerungskulturen an den Krieg scheinen nach 1945 zunächst vor allem die *nationale* Integration der großen europäischen Gesellschaften forciert zu haben.¹²⁵ Wie urbane politische Kommunikation im Umfeld von Parlamentswahlen nationale Formatierungen von Politik hervorbrachte und dabei womöglich auf nationale Traditionen aufbaute, und wann diese sich an regionalen, lokalen oder supranationalen Rahmungen brachen, versucht die Studie so gut es geht nachzuvollziehen.

Nach Transfer und Verflechtung über die Alpen hinweg wird aus einem wichtigen Grunde nicht gefragt. Bis auf wenige Ausnahmen wiesen die benutzten Quellen keine Spuren gegenseitiger *translokaler* Wahrnehmung auf. Die empirische Lage lässt insgesamt nicht darauf schließen, dass sich deutsche und italienische Akteure unterhalb der staatlichen Ebene systematisch beim Ausdeuten von Demokratie beobachtet oder beeinflusst hätten, sieht man einmal von den (radikalen) Protestakteuren, den Terroristen und dem Ausnahmezustand im »Deutschen Herbst« ab, der ein europäisches Medienereignis

¹²² Zum Diktum, in Dörfern, nicht über Dörfer zu forschen, vgl. C. GEERTZ, Dichte Beschreibung, 1987 [1973], S. 32.

¹²³ Vgl. stellvertretend und Stellung nehmend K. K. PATEL, *Ex comparatione lux*, 2016, S. 304 f., 310–313.

¹²⁴ Das hatte unter anderem auch mit dem Erbe des Zweiten Weltkrieges zu tun, der die Idee lokaler Autonomie stärkte, vgl. L. BALDISSARA, *Il governo della città*, 1995; P. L. BALLINI, *Le autonomie locali*, 2010; M. RIDOLFI, *L'indimenticabile 1946*, 2007; DERS., *Il comune democratico*, 2009. Vgl. auch C. LEVY, *Italian regionalism*, 1996. Zu Deutschland, wo sich der Zentrum-Peripherie-Konflikt im Verlauf des 20. Jahrhunderts stärker abschliff, vgl. K. ROHE, *Wahlen und Wählertraditionen*, 1992, S. 172; H. BEST, *Politische Regionen*, 1991, S. 63.

¹²⁵ Zum Schub an nationaler Identitätskonstruktion in der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg vgl. J. ARNOLD u. a., *Tod*, 2009, S. 15, 22; mit Blick auf Großbritannien: N. HEWITT, *A Sceptical Generation?*, 2003. Problematisierend vgl. H. ROUSSO, *History of Memory*, 2007, S. 23–29.

darstellte.¹²⁶ Das schließt nicht aus, dass die Migrationserfahrungen italienischer Arbeiter in der Bundesrepublik und die Reiseerfahrungen westdeutscher Urlauber in Italien untergründige Transferprozesse in Gang setzten.¹²⁷ Inwiefern sie sich auf die Wahrnehmungen der parlamentarischen Demokratie niederschlugen, wäre womöglich eine lohnende Forschungsfrage.¹²⁸ Auch der Abgrenzungswunsch von Deutschland als einstigem Besatzer und als Gegenüber des *bravo italiano* könnte zu einer Art negativer Verflechtung beigetragen haben, einem demonstrativen Desinteresse an deutschen politischen Traditionen und Praktiken, jedenfalls unter jenen, die sich in Italien als Antifaschisten verstanden wissen wollten. Umgekehrt waren die deutschen Beobachtungen in den Massenmedien von auffälligen, meist den italienischen Fall ironisierenden Distanznahmen geprägt.¹²⁹ Symbolisch waren die beiden postfaschistischen Demokratien füreinander also durchaus wichtig, doch von profunden Kenntnissen über das lokale Anlitz der Demokratie im jeweils anderen Land ist in den Quellen wenig zu finden.

Orte, Akteure, Quellen und Aufbau der Untersuchung

Die Arbeit konzentriert sich auf vier Großstädte mit einem spezifischen Profil. Im Fokus stehen das »rote« Hamburg und das »rote« Bologna – die größte Stadt Westdeutschlands und einstige »Hauptstadt des Sozialismus«, die kommunistische Hochburg Italiens und ein ehemaliges Zentrum des Faschismus. Die Auswahl führt freilich zu einer gewissen Formatierung des Blicks, erlaubt jedoch, der sozialen Heterogenität beider Gesellschaften gerecht zu werden. Hamburg wie Bologna waren zwar Städte mit starken sozialistischen Traditionen und schwach ausgeprägter Religiosität, aber zugleich auch reiche Städte mit einem stolzen Bürgertum und einer gewichtigen bürgerlichen Presse.¹³⁰ Beide waren keine Industriezentren, sondern Universitätsstädte (was für Bologna bedeutsamer war) und Medienstandorte, wobei die Presse aus dem Verlags- haus Axel Springer mit dem *Hamburger Abendblatt* und der NWDR über Sendungsprotokolle in der Studie vertreten sind. Beide Städte verfügten über einen starken Lokalpatriotismus, der in Hamburg wirtschaftlich und international

¹²⁶ Vgl. P. TERHOEVEN, *Deutscher Herbst in Italien*, 2010; F. ANDERS/A. SEDLMAIER, *Spontis*, 2017; S. HAUMANN, »Movimento del '77« Perceived, 2017.

¹²⁷ Vgl. H. RICHTER/R. RICHTER, *Gastarbeiter-Welt*, 2012, Kap. 11; T. MANNING, *Italiengeneration*, 2011; O. SPARSCHUH, *Wahrnehmung*, 2011.

¹²⁸ Der PCI warb in den 1970er Jahren in (süd-)deutschen Städten unter Italienern; linksalternativere Akteure der Bundesrepublik orientierten sich in den 1970er Jahren an Italien. Inwiefern solche Phänomene jedoch über Eklektizismus hinausgingen und Demokratiedeutungen langfristig transnationalisierten, wäre noch zu klären. Vgl. G. PRONTERA, *Munich*, 2017.

¹²⁹ Vgl. dazu die Beiträge von Christof Dipper u. Birgit Schönau in: O. JANZ/R. SALA, *Dolce Vita?*, 2011.

¹³⁰ »Bürger« wird hier stets im Sinne des *citoyen* oder tatsächlich des Stadtbürgers verwendet, die adjektivische Verwendung hingegen verweist auf das »Bürgertum« als Klassenbegriff.

orientiert war, und reklamierten für sich lokale demokratische Traditionen. Sie waren Orte der Alternativkulturen der 1970er Jahre, ohne aber Hauptbühnen der Studentenbewegung oder Epizentren politischer und terroristischer Gewalt zu werden.¹³¹ Ihre sozioökonomische Uneindeutigkeit und ihre fehlende paradigmatische Qualität machen sie als Arenen politischer Kommunikation besonders interessant.

Was die beiden roten Städte vor allem verband, war ihre Bedeutung als sozialkommunistisch beziehungsweise sozialdemokratisch regierte Kontrapunkte zu den christdemokratischen Regierungen in Rom und Bonn. Sie ließ SPD und PCI hier wesentlich auf ihren Volkspartei Charakter und auf Modernisierung und Pragmatismus setzen.¹³² Mit der Auswahl Bolognas im sogenannten roten Gürtel (*cintura rossa*) Mittelitaliens erzählt das Buch auch eine Geschichte über die »Westernisierung« des PCI in der Region Emilia-Romagna und in einer Stadt, die als »Schaufenster des italienischen Kommunismus« in Konkurrenz zum christdemokratischen Zentralstaat galt. Der PCI verfügte in der Provinz Bologna über seinen numerisch größten Parteiverband – den größten kommunistischen aller NATO-Länder –, seine Mitgliedschaft war sozial heterogen und zu einem Viertel weiblich, und sein Handeln zielte gerade hier auf die Integration der Mittelschichten.¹³³ Das Anpassungsvermögen der Kommunisten an die Logiken des *postwar model of democracy*, an Konsensliberalismus und Pluralismus kann der Blick auf Bologna wie in einer Nusschale veranschaulichen.

Als christdemokratisch geprägte Kontrapunkte kommen das apulische Bari und das württembergische Ulm in den Blick, die wesentlich kleiner waren als Bologna und Hamburg, aber über eine ähnlich heterogene Bevölkerungsstruktur verfügten. Im Gegensatz zum protestantischen Hamburg wurde Ulm nach 1945 zur gemischtkonfessionellen Stadt und zehrte noch von den Traditionen einer Garnisonsstadt. Im Nationalsozialismus hatte es als die »braunste« Stadt Württembergs gegolten; nach 1945 war die SPD der CDU hier deutlich unterlegen, ohne dass man Ulm zugleich ein sozialdemokratisches Diasporagebiet

¹³¹ Zu Hamburg vgl. L. AMENDA/S. GRÜNEN, »Tor zur Welt«, 2008; F. BAJOHR, *Hanseat und Grenzgänger*, 2010; P. REICHEL/H. SCHMID, *Katastrophe*, 2005, S. 23. Zu Demokratiekonzepten in der Emilia-Romagna und zu sozialistischen Traditionen der Region vgl. M. SALVATI, *Fondazione*, 1999, darin insb. M. FINCARDI, *Piccole patrie democratiche*, 1999; B. COVILI, *La ricezione culturale*, 1999. Zur Stadtgeschichte Bolognas nach 1945 vgl. A. VARNI, *Storia di Bologna*, 2013. Für Hamburg fehlt eine aktuelle, umfassende Stadtgeschichte nach 1945, vgl. aber K. C. FÜHRER, *Medienmetropole*, 2008; O. PELC u. a., *Hamburg*, 2002; F. BAJOHR/J. SZODRZYNSKI, *Improvisierter Neubeginn*, 1989; W. JOCHMANN/H.-D. LOOSE, *Hamburg*, 1986, sowie die Publikationen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg.

¹³² Vgl. U. LOHALM, *Arbeiterpartei und Großstadtpolitik*, 1996, darin insb. A. SCHILDT, *Sozialdemokratische Politik*, 1996; C. OLDENBURG, *Tradition und Modernität*, 2009.

¹³³ Zum PCI in Bologna vgl. R. FORLENZA, *The Italian Communist Party*, 2010. Siehe eingehender Kap. III u. IV. Stärker Arbeiterpartei mit organisatorisch wichtiger Bindung an die Gewerkschaft war der PCI im industrialisierten Norden; im Süden waren seine Organisationsstrukturen fragiler und sozial nicht immer klar zuordenbar, vgl. G. GOZZINI, *Democrazia dei partiti*, 2007, S. 285 f., 295, 298. Siehe auch Kap. I.

nennen könnte.¹³⁴ Interessant ist die Stadt an der Donau zudem, da Ludwig Erhard hier bis 1969 als Direktkandidat auftrat. Neben Ulm werden häufiger Blicke auf die Lokalpresse in Freiburg und Karlsruhe geworfen, um so den deutschen Südwesten als Kontrapunkt zum weltstädtischen Hamburg im Buch repräsentiert zu sehen.

Die Hafen- und Kaufmannsstadt Bari ist als Ort der Untersuchung deshalb interessant, weil sie für süditalienische Verhältnisse über eine beachtliche sozialistische Tradition verfügte und wie Bologna nach dem Ersten Weltkrieg Schauplatz politischer Gewalt zwischen Sozialisten und Faschisten geworden war. Nach 1945 war sie eine Hochburg des Neofaschismus und, etwa zu gleichen Teilen, der DC, ohne dass die politische Linke hier gänzlich einflusslos gewesen wäre.¹³⁵ Bari wurde überdies zur lokalen Basis des aus Apulien stammenden DC-Politikers Aldo Moro, der nach Alcide De Gasperi zur vielleicht prägendsten Figur der Ersten Republik werden sollte und sich im Wahlkreis Bari-Foggia als Direktkandidat wählen ließ, bis er 1978 Opfer der *Brigate Rosse* wurde. Bari bietet sich mithin nicht nur als Beispiel für Süditalien an, um zu prüfen, inwiefern die dortige Entwicklung von jener des Nordens abwich, sondern auch als lokales Machtzentrum einer bedeutenden christdemokratischen *corrente* (Parteiströmung) unter Aldo Moro (den *dorotei*, später auch *morotei*).¹³⁶ Mit seinen lokalen Schwerpunkten untersucht das Buch streng genommen nicht in Norditalien, sondern in Mittel- und Süditalien, blickt aber hin und wieder auf den hochindustrialisierten Norden oder den katholisch geprägten Nordosten. Wenn in den Kapiteln dennoch in aller Regel von Nord- und Süditalien die Rede ist, wobei der *Mezzogiorno* das Territorium südlich von Rom und die Inseln meint, so mag dies eine Vergrößerung darstellen, die auf ältere politische Traditionen rekurriert und weitgehend dem zeitgenössischen Selbstverständnis folgt: Wenn Bologneser auf Bari blickten, verstanden sie sich als Norditaliener, wenn Bareser auf Bologna blickten, konnten sie sich als Teil des *Mezzogiorno* begreifen. In den lokalen Tageszeitungen beider Städte werden solche Selbstbeschreibungen immer wieder sichtbar.

Straßen und Plätze, Märkte und Fußgängerzonen bilden die wichtigsten Räume der Untersuchung. Als öffentliche Räume unterlagen sie gewissen Alltagsnormen, als politische Räume mussten sie nach 1945 neu angeeignet und symbolisch beschrieben werden.¹³⁷ Als Kontaktzonen politischer Kommunikation sucht die Studie oftmals halböffentliche Räume der Stadt auf: Wirtshäuser und Bars, Versammlungssäle und Hausflure. Im metaphorischen Sinne präsent ist zudem das Wohnzimmer – als Schreibstube, als Ort, wo Wähler als Fernsehzuschauer am politischen Kommunikationsprozess teilnahmen, und bisweilen

¹³⁴ Vgl. F. RABERG, Ulm, 2008; zur Ulmer SPD vgl. K. BEER, Auf den Feldern, 2008.

¹³⁵ Vgl. F. TATEO, Storia di Bari, 1997; S. COLARIZI, Dopoguerra, 1971.

¹³⁶ Zu Moro vgl. M. S. PIRETTI u. a., Moro e la lunga crisi, 2008; zu den *correnti* vgl. F. P. BELLONI, Factionalism, 1978.

¹³⁷ Vgl. E. GOFFMANN, Mikrostudien, 1982; M. KLAMT, Verortete Normen, 2007.

auch als Schauplatz direkter politischer Begegnungen. Unter diesen Anwesenden sind theoretisch immer auch Frauen inbegriffen, doch wenn das Buch auf die geschlechtergerechte Sprache verzichtet und Wählerinnen oder Politikerinnen explizit benennt, wenn sie eine Rolle spielten, so liegt das daran, dass die Mehrheit der hier betrachteten Handelnden in der Tat Männer stellten – gerade im öffentlichen Raum.¹³⁸ An neuralgischen Punkten des Kommunikationsgeschehens erhalten Geschlecht und Generation als Kategorien besondere Aufmerksamkeit, wenn ihnen erklärende Bedeutung zukommt.¹³⁹ Das gilt selbstverständlich besonders für ›1968‹ und den Weg dorthin.

Die Hauptrollen in dieser Studie spielen jedoch, das sei konzediert, die Agenten der parlamentarischen Politik selbst, und zwar in einem breiten Verständnis. Wenn von »politischen Akteuren« die Rede ist, dann sind alle gemeint, die im Namen einer politischen Partei auftraten, von den kleinen Parteimitgliedern über die lokalen Funktionäre bis hin zu Parteiführern, Kanzlerkandidaten oder Ministerpräsidenten. Der Fokus liegt dabei auf den beiden jeweils größten Wählerparteien, die zugleich auch die mitgliederstärksten Organisationen stellten: CDU und SPD beziehungsweise DC (und katholische Laien) und PCI. Wähler, Mitglieder und Aktivisten vereint, dass sie häufig erst in Wahlkampfzeiten eine politische Rolle im Alltag annahmen, ohne dabei jedoch ihre Alltagsrollen als Frau oder Mann, Jugendlicher oder Rentner, Mutter oder Vater, Arbeitnehmer oder Selbständiger abzulegen.¹⁴⁰ Wie sie die verschiedenen Rollen moderierten, war von großem Einfluss für die politische Kommunikationskultur. Überdies traten sie als lokale Beobachter auf und bieten damit Alternativen zu den gängigen Quellen aus Meinungsumfragen, die hier nicht nur äußerst sparsam eingesetzt werden, sondern bisweilen als Wissensressource auf ihren Einfluss im zeitgenössischen politischen Kommunikationsgeschehen untersucht werden.¹⁴¹ Eine besondere Bedeutung im Reigen der politischen Akteure kam den Lokalkandidaten beziehungsweise lokalen Abgeordneten zu. Sie agierten in einer ambivalenten Rolle einerseits als Vertreter ihrer Partei in der Stadt, zugleich aber auch als Gesandte der Stadt im Parlament, und die Frage wird sein, welche dieser beiden Sinnbezüge überwog. Gewerkschaften kommen

¹³⁸ Zu den historischen Traditionen vgl. B. BADER-ZAAR/J. GEHMACHER, *Öffentlichkeit und Differenz*, 2003; R. SARTI, *Spazi*, 1995; D. GAGLIANI/M. SALVATI, *La sfera pubblica femminile*, 1992.

¹³⁹ Dabei sind die neueren Forschungsbefunde zu berücksichtigen, wonach gemeinsame Generationserfahrungen vor allem zeitgenössische (Selbst-)Zuschreibungen darstellten, vgl. B. MÖCKEL, *Erfahrungsbruch und Generationsbehauptung*, 2014, S. 9-12. Zur vielbeschriebenen politischen Generation der »45er« vgl. D. MOSES, *Die 45er*, 2000; problematisierend: B. WEISBROD, *Generationsforschung*, 2009. Zur politischen Geschlechtergeschichte vgl. u. a. KÜHNE, *Staatspolitik*, 1998; C. HIKEL u. a., *Impulse*, 2009; S. BELLASSAI/M. MALATESTA, *Genere e mascolinità*, 2000; N. M. FILIPPINI/A. SCATTIGNO, *Una democrazia incompiuta*, 2007; A. ROSSA-DORIA, *Le donne sulla scena politica*, 1994; DIES., *Diventare cittadine*, 1996.

¹⁴⁰ Vgl. dazu J. COULTER, *Human practices*, 2001, S. 34–38.

¹⁴¹ Vgl. C. REINECKE/T. MERGEL, *Das Soziale vorstellen*, 2012, S. 11–13; A. LEENDERTZ, *Experten*, 2012, S. 339–341, 359–361.

hier nur akzidentiell zur Sprache, denn sie fungierten zwar gerade in Italien als Mobilisationsmaschinen, aber sie wurden eben nicht gewählt.

Als bedeutsame Akteurin begreift die Studie die Lokalpresse, die der urbanen Öffentlichkeit ein Forum der Selbstverständigung bot. Die lokalen Tageszeitungen stellten auch im Fernsehzeitalter das wichtigste Alltagsmedium dar, und die Bürger interessierte das, was in der Stadt abließ, in der Regel mehr als die nationalen Schlagzeilen.¹⁴² Zudem neigten die Lokalredakteure dazu, als eine Art Sprachrohr des ›gemeinen‹ Wahlbürgers aufzutreten. »Öffentlichkeit« interessiert im Folgenden vorrangig im Sinne einer von den lokalen Tageszeitungen wesentlich konstituierten *lokalen* Öffentlichkeit, die ihre eigenen Skandale, Probleme und Selbstbeschreibungen kannte.¹⁴³ Die Studie konzentriert sich auf die sogenannte unabhängige Lokalpresse wie auf lokale Parteiblätter. Nationale Tageszeitungen und Wochenmagazine werden ergänzend herangezogen; überdies hat das Buch von Sendungsprotokollen des NWDR in Hamburg profitiert, die einen Einblick in Themen und Argumente politischer Kommunikation im Radio der jungen Bundesrepublik erlauben. Damit soll sichtbar werden, welche Deutungen von parlamentarischer Politik vor Ort hegemonial wurden – unabhängig davon, dass nicht alle beteiligt waren und nicht alle als Sprecher immer klar erkennbar werden. Gerade für Italien, wo ein großer »moderater« Teil der Bevölkerung den antifaschistischen Parteien und auch der Republik selbst fernstand, ist das zu betonen.¹⁴⁴ Die Studie versucht immer wieder, diese *maggioranza silenziosa* (»schweigende Mehrheit«) zu berücksichtigen, die sich trotz aller Ablehnung gegenüber der Parteiendemokratie verhalten musste und das gerade im Wahlkampf auch tat.¹⁴⁵ Am präsentesten ist sie wohl im großen Bologneser Lokalblatt *Il Resto del Carlino* (zwischenzeitlich *Giornale dell'Emilia*), das in der Studie eine wichtige Rolle spielt, daneben in *La Stampa*, die in Turin erschien. Zugleich aber ist die Erste Republik Italiens in ihrer lokalen Praxis und den darin aufgehobenen Deutungen nur in Anerkennung der Hegemonie der antifaschistischen Parteien zu verstehen. Für das Verständnis von parlamentarischer Demokratie, das sich hier ausprägte, waren sie federführend.¹⁴⁶

¹⁴² Vgl. G. MEIER, *Innovation und Tradition*, 2007, S. 131; A. SCHILDT, *Annäherungen*, 2011, S. 73; zu Hamburg vgl. K. C. FÜHRER, *Medienmetropole Hamburg*, 2008, S. 548 f.

¹⁴³ Zu Öffentlichkeitsbegriffen vgl. K. C. FÜHRER u. a., *Öffentlichkeit*, 2001.

¹⁴⁴ Es ist sehr wahrscheinlich, dass es im republikanischen Italien eine mehrheitlich »moderate«, also konservativ bis rechts orientierte Stimmung gab, die den antifaschistischen Konsens nicht teilte, vgl. M. RIDOLFI, *Tradizioni*, 2012, S. 45; C. BALDASSINI, *Lombr di Mussolini*, 2008. Das galt insbesondere für den Süden, wo dieser Bevölkerungsteil zunächst dem Uomo Qualunque und den Monarchisten, im Laufe der späten 1940er und frühen 1950er Jahre dann der DC und dem MSI zuneigte, vgl. A. M. IMBRIANI, *Vento del Sud*, 1996, S. 201; R. FORLENZA, *Party for the Mezzogiorno*, 2010. Vgl. auch F. GERMINARIO, *L'altra memoria*, 1999.

¹⁴⁵ Als Figur und Begriff war sie in Italien schon in den 1950er Jahren anzutreffen, nicht erst seit ihrer medialen Erfindung in den 1970er Jahren, vgl. dazu A. v. D. GOLTZ/B. WALDSCHMIDT-NELSON, *Inventing the Silent Majority*, 2017.

¹⁴⁶ Vgl. G. E. RUSCONI, *La memoria della Resistenza*, 1996.

Als Quellen dienen der Studie neben den bereits genannten in erster Linie die Akten und Korrespondenzen lokaler Parteiverbände. Ortsvereine, Kreisverbände und Parteisektionen waren nicht so sehr mit Programmatik beschäftigt, sondern mit den Problemen des lokalen Parteialltags, des Wahlkampfbetriebs und mit der Beobachtung der ansässigen Bevölkerung. Das lokale Wahlkampfgeschehen kann anhand der deutschen Parteiakten gut erschlossen werden; punktuell ergänzt werden sie durch Hamburger Polizeiakten, die im Staatsarchiv erst kürzlich zugänglich gemacht wurden. Die Überlieferung italienischer Parteiverbände ist weniger gut, kann aber durch die Berichte der Polizei und der Präfekten, die massenhaft und regelmäßig ins Innenministerium nach Rom gesandt wurden, ergänzt werden. Akten der zentralen Parteiverbände wurden für die DC aufgrund der schlechten lokalen Überlieferungssituation komplett gesichtet, für die SPD und die CDU sporadisch. Für den PCI wurde ganz darauf verzichtet, weil die Aktenlage in Bologna und Bari, ergänzt um die Bestände des Innenministeriums, zufriedenstellend ist. Sämtliche genannten Bestände wurden von den 1940er bis in die 1980er Jahre konsultiert. Nachlässe von Aldo Moro und Mario Scelba (DC) erweitern den Quellenbestand für Süditalien; in Deutschland erwies sich der Nachlass des Hamburger SPD-Funktionärs Peter Blachstein für die 1940er Jahre als ergiebig, jener des sozialdemokratischen Wahlkampfmanagers Karl Anders für 1961. Für Bologna und Ulm wurden zudem Kanzleiakten der Stadtverwaltungen gesichtet.

Parteiverbände und Bürgermeister waren Adressaten von Bürgerbriefen, die in der Arbeit eine tragende Rolle spielen, weil sie unverfälschter sind als Leserbriefe in Zeitungen, die einer Auswahl durch die Redaktion unterlagen und nicht selten von Parteivertretern selbst verfasst wurden. Auch Leserbriefe werden jedoch berücksichtigt. Die kulturanthropologische Forschung hat erste Studien zu Bürgerbriefen in Deutschland vorgelegt, die eigen-sinnige und selbstbewusste Stellungnahmen westdeutscher Bürger aufzeigen.¹⁴⁷ Die vorliegende Studie befragt die brieflichen Quellen daraufhin, wie die Bürger ihre politische Sprecherrolle verstanden und welche Deutungen von Demokratie sie damit produzierten. Ferner arbeitet sie mit grauer Literatur der Parteien (Leitfäden, Anleitungen zum Wahlkampf), Stadtratsprotokollen und mit publizierten Tagebüchern und Memoiren, darunter die im Auftrag des Deutschen Bundestags edierten Erinnerungen westdeutscher Abgeordneter.

Für die Zeiträume, denen sich die Studie widmet, dienen die Parlamentswahlen als Positionslichter. Doch die Chronologie orientiert sich vorrangig an stadtgeschichtlichen Entwicklungen, die darüber bestimmten, mit welchen Rhythmen und Motiven die Zeitgenossen sich durch die Städte bewegten. So widmet sie sich der Nachkriegszeit bis Ende der 1940er Jahre, die als Ära der »Unordnung« auch Freiräume für neue politische Konfigurationen gab. Mit den

¹⁴⁷ H.-P. ZIMMERMANN, *Stimmen aus dem Volk*, 2005; DERS., *Lebenswelt und Politik*, 2008; S. MANKE, *Brandt anfeuern*, 2008; M. FENSKE, *Demokratie erschreiben*, 2013.

ersten Parlamentswahlen koinzidierte einerseits der Beginn des Wiederaufbaus und der darin aufgehobenen Hoffnungen auf Wohlstand und Neuanfang, andererseits der Beginn des Kalten Krieges, der polarisierte, aber auch die genannten Hoffnungen bedrohte. Stadtgeschichte ist immer auch Konsumgeschichte, und dies lässt den Übergang zu den 1960er Jahren als tiefe Zäsur erscheinen, als mit dem Wirtschaftsboom ein tiefgreifender sozialer Wandel eingesetzt hatte und fortwirkte. Die Alltagspraxis und Aufmerksamkeitsökonomie der Konsumgesellschaft waren fundamental für die politische Verständigung mit den Vertretern der parlamentarischen Demokratie. In dieser Szenerie betraten um 1968 Protestakteure als neue demokratische Mitspieler die lokalen Bühnen und versuchten die Regeln der etablierten Politik zu brechen. Um untersuchen zu können, welchen Einfluss sie nahmen, transzendiert der Untersuchungszeitraum der Arbeit den Ölpreisschock von 1973 und damit das Ende des Booms, das mit Martin Conway und im Einklang mit anderen Historikern auch *Europe's Democratic Age* zum Abschluss brachte.¹⁴⁸ Es wird zu klären sein, inwiefern diese Zäsuren und das um sich greifende Krisenbewusstsein der 1970er Jahre die Verständigung zwischen Wahlbürgern und Parteiendemokratie in den beiden postfaschistischen Demokratien beeinflussten, und welche Bedeutung der politischen Gewalt dabei zukam.¹⁴⁹ Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich bis zum italienischen Parlamentswahlkampf von 1979 und blickt damit über das *lungo Sessantotto* («lange Achtundsechzig») hinaus, das in der italienischen Periodisierung 1977 endete und ein Jahrzehnt militanter sozialer und politischer Bewegungen darstellte.¹⁵⁰ Der letzte Wahlkampf vor dem »Deutschen Herbst« von 1977 und der erste nach der Entführung und Ermordung Aldo Moros müssten, folgt man den Vorschlägen der historischen Forschung, Übergangsmomente in eine neue Form parlamentarischer Demokratie und demokratischer Staatlichkeit markieren.¹⁵¹ Inwiefern die letzten nationalen Wahlen der 1970er Jahre diese Dekade als eine Phase des Übergangs ausweisen, und welche Wege Westdeutsche und Italiener bis dahin als Souveräne zweier Wählerdemokratien gegangen waren, wird abschließend zu bilanzieren sein.

Das Buch beobachtet Deutsche und Italiener in einer parallel-kontrastierenden Darstellung und wechselt zwischen den Orten hin und her. Die Kapiteleinleitungen dienen der Einführung und vergleichenden Diskussion des Forschungsstandes. In fünf Kapiteln schreitet die Geschichte chronologisch voran, wobei ihr systematisches Erkenntnisinteresse die Übergänge fließend gestaltet. Der Schwerpunkt liegt, kontraintuitiv zur historiographischen

¹⁴⁸ Vgl. G. Eley, *Corporatism*, 2012; D. Stone, *Postwar Europe*, 2012, S. 11.

¹⁴⁹ Zu den widerstreitenden Deutungen der 1970er Jahre gerade im transnationalen Vergleich der Historiographien, aber auch mit Blick auf einzelne Gesellschaften, vgl. A. GIOVAGNOLI, *Gli anni settanta*, 2010; S. LEVSEN, Einführung, 2016.

¹⁵⁰ Zu einer Diskussion vgl. G. C. MARINO, 1968–1977, 2011.

¹⁵¹ Vgl. u. a. N. BÜCHSE, *Von Staatsbürgern zu Protestbürgern*, 2007, insb. S. 328; M. TOLOMELLI, *Italienische Verhältnisse*, 2009, S. 448 f.

Forschungskonjunktur, auf der Phase zwischen 1948/49 und 1961, weil sich hier Deutungstraditionen und Kommunikationspraktiken herausbildeten, an denen sich die Legitimität der Demokratie in den folgenden Dekaden messen ließ. Im ersten Kapitel wird die Nachkriegsstadt als Ort entworfen, wo die Fundamente der künftigen Politik neu verhandelt wurden. Sie stellte Weichen für das kommende Partizipationsverständnis und verortete die neue Parteipolitik in einer bestimmten Nähe zur Alltagswelt. Auf diese Weise formten sich in den Nachkriegsstädten gewisse politische Rollen- und Herrschaftsverständnisse aus, die prädisponierten, wie sich Bürger und ihre politischen Repräsentanten in Zukunft begegnen sollten. Die folgenden zwei Kapitel widmen sich der formativen Phase zweier demokratischer Ordnungen zwischen 1946/49 und 1958/61. Kapitel II befasst sich mit der Repräsentationskultur parlamentarischer Politik und den raumbezogenen Konflikten, die daraus hervorgingen. Das dritte Kapitel fragt nach der direkten Verständigung zwischen Wählern und Parteien und geht ihrem Selbstverständnis als Souverän und Repräsentanten nach. Kapitel IV beleuchtet, wie sich vor dem Hintergrund dieser Traditionen der soziale Wandel und die Einkehr der Konsumgesellschaft auf die politische Kommunikationskultur auswirkten. Das abschließende fünfte Kapitel fragt nach dem Einfluss von ›1968‹ und nach den Folgen eines neuen partizipativen Zeitalters für die Verständigung zwischen Wählern und Parteiendemokratie in den »Krisen« der 1970er Jahre.



Abb. 1: Kommunistische Genossen in der PCI-Sektion von Molfetta (Provinz Bari), Fotografie von Fotostampa Marzocco, 1960 (Datierung des Archivs); Fondazione Gramsci di Puglia, Fondo fotografico.